



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSISCHE AGRARSANKTIONEN INDUSTRIEPOLITIK UND AUTOMOBILBAU

■ VON DER REDAKTION		■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die Osterpause und danach	2	Statistiken zur russischen Automobilindustrie	17
■ ANALYSE		■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Russlands Importverbot für Agrarprodukte und die Folgen für die russischen und europäischen Agrarmärkte	2	Russlands letzte Freunde?	20
Vera Belaya, Braunschweig		■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		Wie funktioniert die kremlsche »Vertikale der Macht«?	23
Importabhängigkeit Russlands (exemplarische Produkte)	7	Jens Siegert, Moskau	
Anteile Gesamtimporte und Exportausfälle	8	■ CHRONIK	
■ UMFRAGE		13. – 26. März 2015	26
Russen über Sanktionen und ihre Auswirkungen	10	■ LESEHINWEIS	
■ ANALYSE		Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 1–2/2015 mit Russlandbezug	29
Lada, Renault, Nissan & Co			
Probleme der Re-Industrialisierung am Beispiel der russischen Automobilindustrie	13		
Rudolf Traub-Merz, Moskau			



Die Osterpause und danach

Die Russlandanalysen gehen für vier Wochen in die Osterpause. Die nächste Nummer erscheint am 23. April. Wir werden uns dann u. a. mit Medien in Russland, mit der Zivilgesellschaft und mit Staatskorporationen befassen. Einstweilen wünschen wir Ihnen aber frohe Ostertage und gute Erholung

Nadja Douglas, Sergey Medvedev, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Russlands Importverbot für Agrarprodukte und die Folgen für die russischen und europäischen Agrarmärkte

Vera Belaya, Braunschweig

Zusammenfassung

Als Reaktion auf die Wirtschaftssanktionen des Westens hat Russland am 6. August 2014 für ein Jahr ein Importverbot für einige Agrarprodukte aus der EU, den USA, Kanada, Australien und Norwegen verhängt. Davon betroffen sind Fleisch, Milch, Obst, Gemüse, Nüsse und Fisch. Die Folgen sind weitreichend. Die Auswirkungen auf die einzelnen EU-Länder variieren je nach Grad ihrer Handelsabhängigkeit vom russischen Markt und je nach Produktgruppe. Nach Einschätzung von Experten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft werden die Auswirkungen des russischen Importstopps für die EU beherrschbar sein. Langfristig könnte das Importverbot jedoch einen Vertrauensverlust mit sich bringen und Russland als Markt verloren gehen. Experten sehen zudem die Gefahr, dass Russland mit diesen Maßnahmen der eigenen Wirtschaft schadet, da das Land zu einem wesentlichen Teil auf Importe angewiesen ist. Vor diesem Hintergrund werden die Sanktionen in erster Linie für Russland negative Folgen haben.

Einführung

Um Russlands Verstöße gegen das Völkerrecht zu ahnden sowie ein Einlenken in der Ukraine-Krise zu erwirken, verhängten die USA, Kanada, Australien, die Europäische Union und Norwegen im März 2014 Sanktionen gegen Russland. Im Einzelnen bestehen diese aus Einreiseverboten für bestimmte Funktionsträger, dem Einfrieren von Vermögen und wirtschaftlichen Ressourcen von mehr als 100 Einzelpersonen, dem Verbot der Kreditvergabe an führende russische Banken und Unternehmen, aus Embargos für Dual-Use-Güter (militärisch und zivil nutzbare Güter) sowie für Exporte von Rüstungsgütern und Technologien zur Erdölförderung. Als Gegenmaßnahme hat Russland am 6. August 2014 ein Importverbot für einige Agrarprodukte aus der EU, den USA, Kanada, Australien und Norwegen verhängt, das ein Jahr lang gelten soll. Davon betroffen sind Fleisch, Milch und Milchprodukte, Obst, Gemüse, Nüsse und Fisch. Ausgenommen sind Babynahrung, Genussmittel, Saatgut für einige Pflanzenarten sowie bestimmte Lebensmittelzusatzstoffe, da diese Waren für die russische Pro-

duktion von essentieller Bedeutung sind. Die Folgen sind weitreichend. Neben der europäischen Landwirtschaft leidet darunter vor allem Russland selbst.

Agrarhandel zwischen EU und Russland

Bei den russischen Gesamtimporten einer Reihe von Gütern (mit Ausnahme von Fleisch) wurde im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr eine Wachstumstendenz beobachtet. Insbesondere war das Importvolumen bei Milch und Sahne (+51 % auf 764 Mio. USD), Butter (+35 % auf 684 Mio. USD), Fisch (+16 % auf 2,3 Mrd. USD) und Getreide (+26 % auf 626 Mio. USD) gewachsen. Die EU führte 2013 überdies landwirtschaftliche Produkte im Wert von 11,8 Milliarden Euro nach Russland aus. 2013 betrug der Anteil von Exporten nach Russland an der Gesamtexportleistung im Agrarhandel 2,4 %. Deutschland war zuletzt nach China allgemein der zweitwichtigste Handelspartner Russlands. Nach Daten der »Germany Trade & Invest« (GTAI) für 2012 kamen 9,4 % aller Einfuhren nach Russland aus Deutschland. 2013 waren die deutschen Exporte nach

Russland allerdings um 5,2% auf 36,1 Mrd. Euro und die deutschen Importe aus Russland um 5,5% auf 40,4 Mrd. Euro gesunken. Das Handelsvolumen reduzierte sich um rund 5% auf 76,5 Mrd. Euro. Im ersten Halbjahr 2014 war es weiter rückläufig – auch vor dem Hintergrund, dass bereits in den vergangenen Jahren der deutsche Agrarexport nach Russland durch russische Importsperrern für bestimmte Milch- und Fleischerzeugnisse aufgrund mangelnder Hygiene (unter anderem wegen des Auftretens der Afrikanischen Schweinepest in der EU) beeinträchtigt war. Für den Rückgang der Exporte nach Russland war neben den durch die russischen Behörden unter dem Vorwand mangelnder Hygiene ergangenen Importbeschränkungen sowohl die Preissituation als auch die wachsende Konkurrenz aus anderen Ländern (Australien, Brasilien, Kanada, Uruguay) ausschlaggebend. Das Exportvolumen deutscher Agrarprodukte belief sich im Jahr 2013 auf 1,6 Mrd. EUR und liegt damit 14% unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Bei Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs, dem Hauptanteil deutscher Agrarexporte, gibt es mit -34% einen besonders signifikanten Rückgang der Handelsumsätze.

Die drei größten Produktgruppen unter den Fleischerzeugnissen, die dem Importverbot unterliegen, sind: Schweinefleisch (EU-Exportwert 2013: 959 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 230 Mio. Euro), Geflügelfleisch (EU-Exportwert 2013: 78 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 2,1 Mio. Euro) und Rindfleisch (EU-Exportwert 2013: 110 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 5,8 Mio. Euro). Bei den Fleischlieferungen aus Europa, darunter auch aus Deutschland, hat Schweinefleisch den größten Anteil (EU-Exporte: 77%, deutsche Exporte: 96%). Der Fleischexport aus Deutschland nach Russland ist seit vier Jahren stark rückläufig. Von 2010 bis 2013 ist das deutsche Fleischexportvolumen nach Russland fast auf die Hälfte geschrumpft. Bei Fleisch- und Fleischerzeugnissen wurden 2013 Waren im Wert von 346 Mio. Euro (ca. 189.000 Tonnen) exportiert, was einem Minus von ca. 30 Prozent entspricht.

Bei den Warengruppen Trinkmilch, Kefir etc. ist der Anteil der russischen Importe eher unbedeutend; dafür erreicht er in den Kategorien Milchpulver bzw. Molke, Käse und Butter 50% und mehr. Derzeit beträgt der Anteil der Eigenproduktion bei Trinkmilch ca. 76% und bei Rohmilch 66%. Die drei größten Produktgruppen unter den Milcherzeugnissen, die nun dem Importverbot unterliegen, sind: Käse und Quark (EU-Exportwert 2013: 983,5 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 140 Mio. Euro), Butter (EU-Exportwert 2013: 144 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 4,8 Mio. Euro), sowie Milch und Sahne (EU-Exportwert 2013: 133,5

Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 5,2 Mio. Euro). Im Jahr 2013 führte Deutschland Milch und Milcherzeugnisse im Wert von 164,6 Mio. Euro (ca. 397.000 Tonnen) nach Russland aus. Aufgrund bereits bestehender veterinärrechtlicher Sperren sind die deutschen Exporte von Milch und Milcherzeugnissen nach Russland im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 45% zurückgegangen, bei Käse betrug der Rückgang rund 49%. Der Rückgang der Exporte lässt sich ähnlich wie bei Fleischprodukten einerseits auf die Sperrung von Milchbetrieben und andererseits auf verstärkte Konkurrenz aus anderen Ländern zurückführen.

Der Anteil der Importwaren auf dem russischen Obst- und Gemüse-Markt ist immer noch erheblich. Dabei führen Tomaten (ca. 30%), gefolgt von Kartoffeln (15%) und Zwiebeln (10%). Die meisten Tomaten werden aus der Türkei, der EU und China eingeführt, Kartoffeln kommen aus Ägypten, China und der EU. Jährlich werden aus der EU über 800.000 Tonnen Gemüse nach Russland ausgeführt. Laut den statistischen Daten für 2013 hatten folgende Gemüsearten den größten Anteil an den EU-Exporten von frischem und gekühltem Gemüse nach Russland: Tomaten (28%), Kohl (14%), Kartoffeln (11%), Karotten (11%) und Zwiebeln (11%). Fast 30% aller von Russland importierten Tomaten und Zwiebeln und 20% aller importierten Kartoffeln stammen aus der EU.

Die drei größten Produktgruppen, die bei Obst und Nüssen dem Importverbot unterliegen, sind: Äpfel, Birnen und Quitten (EU-Exportwert 2013: 522 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 6,6 Mio. Euro), Aprikosen, Marillen, Kirschen, Pfirsiche, Nektarinen, Pflaumen und Schlehen (EU-Exportwert 2013: 248 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 33.000 Euro), und Zitrusfrüchte (EU-Exportwert in 2013: 45 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert in 2013: 170.000 Euro).

Bei Gemüse sind die drei größten vom Importverbot betroffenen Produktgruppen: Tomaten (EU-Exportwert 2013: 254 Mio. Euro), Kohl (EU-Exportwert 2013: 49 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 1,8 Mio. Euro), und Kartoffeln (EU-Exportwert 2013: 40 Mio. Euro; Deutschlands Exportwert 2013: 3 Mio. Euro).

Folgen für die EU

Die mit einem Importverbot belegten Agrargüter machen 4,5% der europäischen Agrarexporte aus (nominal mehr als 5 Mrd. Euro). Trotz der relativ geringen Handelsabhängigkeit der EU von Russland gibt es eine Reihe von EU-Ländern, die in engeren Handelsbeziehungen mit Russland stehen und deshalb wirtschaftlich stärker betroffen sind. Dazu gehören Litauen, Polen, Deutschland und die Niederlande. Die nun überschüssigen EU-Agrargüter werden überwiegend auf dem EU-

Binnenmarkt abgesetzt (besonders im Fall von leicht verderblichen Lebensmitteln). Dabei ist anzumerken, dass nicht nur im eigenen Land, sondern teilweise auch in EU-Nachbarländern verkauft wird. Somit ist der EU-Markt als ganzer davon betroffen. Dies führt zu einem Rückgang der Erzeugerpreise, was wiederum einen Rückgang der Verbraucherpreise zur Folge hat. Die genauen Auswirkungen auf die einzelnen EU-Länder variieren je nach Grad ihrer Handelsabhängigkeit vom russischen Markt und je nach Produktgruppe.

Fleischerzeugnisse gehören zu den wichtigsten europäischen Agrarprodukten, die nach Russland exportiert werden. Wirtschaftlich am stärksten von dem Fleisch-Einfuhrverbot betroffen sind unter anderem Deutschland, Polen und Dänemark. Als Folge sind die Verbraucherpreise geringfügig gesunken.

Neben Fleisch gehören Milcherzeugnisse zu den wichtigsten europäischen und deutschen Agrarexportartikeln nach Russland. Vor allem bei hochwertigen Veredelungserzeugnissen mit hoher Wertschöpfung, wie z. B. Käse, ist die europäische Nahrungsmittelindustrie auf dem russischen Markt konkurrenzlos. Da Russland mit 30 % der Exportumsätze unter den Drittstaaten der größte Abnehmer für deutsche Milcherzeugnisse ist, sind die Folgen des Embargos für die deutsche Milchwirtschaft signifikant. Am Schlimmsten trifft es die Käsehersteller, da über 50 % der Käseexporte für Russland bestimmt waren. Käse und Quark stellen die mit Abstand wichtigsten nach Russland exportierten Milchprodukte dar, sowohl für die EU als auch für Deutschland. Im Zuge der Abschaffung der Milchquotenregelung befinden sich viele Betriebe auf Expansionskurs.

Die Fleisch- und Milchmärkte sind global ausgerichtet, so dass die Warenströme sich aufgrund von Restriktionen und Veterinärauflagen in anderen Ländern kurzfristig nicht beliebig umlenken lassen. Aus diesem Grund werden die Erzeugerpreise kurz- bis mittelfristig unter Druck bleiben, was zeitversetzt zu einem weiteren Nachgeben der Einzelhandelspreise für Fleisch- und Milchprodukte, insbesondere für Käse und Butter führen wird.

Was den Obst- und Gemüsemarkt betrifft, so ist in der EU der Handel mit Tomaten, Kohl, Kartoffeln, Karotten und Speisezwiebeln am stärksten betroffen, da diese einen relativ hohen Anteil an den Exporten nach Russland ausmachen. Das Importverbot trifft hier insbesondere Polen, Litauen, die Niederlande und Spanien. Diese vier Länder liefern 90 % der nach Russland exportierten EU-Tomaten. Darüber hinaus stammen aus diesen Ländern 75 % aller nach Russland eingeführten europäischen Kartoffeln und 80 % aller europäischen Zwiebeln. Am stärksten betroffen ist Polen, da es Russlands wichtigster Obst- und Gemüselieferant ist. Der

Export von Kohl nach Russland erreichte im Jahr 2013 rund 70.000 Tonnen im Wert von 23 Mio. Euro, was 43 % der gesamten polnischen Kohl-Exporte entsprach. Der Export von Tomaten nach Russland belief sich im Jahr 2013 auf rund 50.000 Tonnen im Wert von 42 Mio. Euro, was ebenfalls einen bedeutenden Teil (fast 50 %) der polnischen Gesamtexporte von Tomaten ausmachte.

Russland bezog 2013 aus Polen 676.000 Tonnen Äpfel im Wert von 254 Mio. Euro, was 55 % des gesamten polnischen Äpfelexports oder 86 % der gesamten EU-Äpfelexporte entsprach. Wegen des stagnierenden Konsums in Polen hängen die Aussichten für ein Exportwachstum vom Verbrauch in Russland und den benachbarten osteuropäischen Ländern ab. Nach Einführung des russischen Importstopps sind die polnischen Unternehmen nun gezwungen, schnell neue Abnehmer zu finden. Belgien ist ein weiteres Land, welches von dem Obst-Embargo betroffen ist. Ein Viertel der Früchte, die in Belgien erzeugt werden, hauptsächlich Birnen, Äpfel und Erdbeeren, werden nach Russland ausgeführt. Somit ist Russland für Belgien in diesem Bereich der größte Importeur. Für andere EU-Länder, z. B. Litauen oder die Niederlande, ist Russland ebenfalls ein wichtiger Kunde. Russland nahm 2013 die Hälfte aller Kartoffel- und 86 % aller Tomatenexporte aus Litauen ab. Die Niederlande exportierten 2013 gut 132.000 Tonnen frisches Obst und Gemüse nach Russland. Der niederländische Anteil an den EU-Kartoffelausfuhren nach Russland betrug 2013 54 %, was jedoch nur 3 % der gesamten niederländischen Kartoffelexporte ausmachte. Insgesamt hat der Handel zwischen Russland und den Niederlanden in den letzten Jahren jedoch nachgelassen. Aufgrund des hohen Angebots im Inland und den anderen EU-Ländern ist mit Preisrückgängen insbesondere bei Tomaten, Kartoffeln, Zwiebeln und Kohl zu rechnen.

Deutschlands Obst- und Gemüsebranche ist weniger stark von dem Importverbot betroffen, da der Warenverkehr zwischen Deutschland und Russland in diesem Bereich eher geringfügig ist. Die deutschen Tomaten werden überwiegend auf dem deutschen Markt abgesetzt. Deutschlands Anteil an den EU-Ausfuhren von Kartoffeln nach Russland beträgt nur 7 % und bei Zwiebeln nur 17 %. Was die deutschen Verbraucherpreise für frisches Gemüse betrifft, so lagen sie bereits vor dem Importverbot deutlich unter dem Vorjahresniveau. Dies könnte jedoch saisonal bedingt sein. Die Auswirkungen des russischen Importstopps können also in diesem Fall nicht direkt gemessen werden. Die EU-Kommission hat jedoch im Jahr 2014 den Erzeugern des Obst- und Gemüsesektors Finanzmittel zur Absatzförderung in Höhe von rund 290 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die betroffenen Erzeuger erhielten für Marktrücknahmen einen finanziellen Ausgleich. Deutsche Erzeuger

haben jedoch diese Mittel nicht in Anspruch genommen. Der Grund dafür könnte die geringe Exportorientiertheit des deutschen Obst- und Gemüsesektors sein.

Folgen für Russland

Laut statistischen Daten für das dritte Quartal 2014 hat der russische Milchmarkt als Folge des Importverbots ein Drittel der Produkte einbüßen müssen. Laut Daten des Institutes für die Konjunktur der Agrarmärkte (IKAR) waren die Schweinefleisch- und Geflügelfleischmärkte in Russland am stärksten von den Sanktionen betroffen, obwohl Geflügelfleisch nicht im großen Umfang zu den importierten Gütern gehörte. Die Tatsache, dass die Preise für Geflügel trotzdem gestiegen sind, kann dadurch erklärt werden, dass sowohl die Verbraucher als auch die verarbeitende Industrie die fehlende Menge an Schweinefleisch kurzfristig mit Geflügelfleisch substituierte und somit diese erhöhte Nachfrage auf dem Markt auslöste. 2015 werden die Preise vermutlich weiter steigen. Nach Einschätzung von Experten werden infolge der Restriktionen etwa 30 % der russischen Familien mit geringen Einkommen an den Rand der Überlebensfähigkeit gebracht. Um die Binnennachfrage nach Milch kurz- bis mittelfristig zu decken, sollen die Milchimporte aus Belarus, Kasachstan, China, Lateinamerika, Serbien und der Schweiz erhöht werden. Zusätzliche Fleischeinfuhren sollen aus Belarus, Mexiko, Kolumbien, Ecuador, Peru, Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay erfolgen. Um die fehlende Menge an Obst kurzfristig zu ersetzen, bemühen sich die russischen Handelsunternehmen um Einfuhren aus Asien, Afrika und Südamerika, sowie aus den GUS-Ländern.

Der Einfuhrstopp könnte zu einem ernsthaften Grund für Defizite und somit Preiserhöhungen bei den betroffenen Lebensmitteln in Russland werden. Laut Statistik betrug der Preisanstieg in Russland 2014 bereits 11 %. Am stärksten sind die Preise für Buchweizen (+ 80 %), Weißkohl (+ 44 %), Zucker (+ 38 %), Hähnchen- und Schweinefleisch (+ 27 %), Äpfel, Tomaten, Zwiebel und Reis (jeweils um mindestens 20 %), Milchprodukte und Wursterzeugnisse (um 15–20 %), Eier, Sonnenblumenöl und Weizenbrot (um rund 5 %) gestiegen.

Experten sind sich einig, dass Russland schnell den Ersatz für europäisches Fleisch, Milch, Obst und Gemüse finden wird, da insbesondere GUS-Länder, Asien, Nordafrika, Latein- und Südamerika hier ein großes Potenzial bieten. Dabei stellen aber die höheren Logistik- und Transportkosten ein wesentliches Problem dar. Neue Lieferanten können zwar relativ rasch gefunden werden, doch müssten die Mehrkosten auf den Endpreis der Ware aufgeschlagen werden. Außerdem haben viele russische Händler bereits Anzahlungen für Lieferungen aus der EU und den USA geleistet, so dass es ihnen momentan

an Finanzmitteln mangelt, um kurzfristig neue Handelspartner zu finden und neue Waren zu bestellen.

Das Importverbot wird vom russischen Staat als Chance für die Entwicklung der eigenen Landwirtschaft gesehen; diese werde zusätzlich durch die staatliche Förderung der Agrar- und Nahrungsmittelindustrie angekurbelt. Bis 2020 will die russische Regierung 1,5 Billionen Rubel (31,1 Mrd. Euro) zur Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Derzeit beträgt der Importanteil bei Trinkmilch ca. 25 %, bei Rohmilch 33 %, bei Schweinefleisch 25 % und bei Geflügelfleisch 10 %. Laut dem OECD-FAO Agricultural Outlook ist bis 2023 mit einem Anstieg des Fleisch- und Milchverbrauchs zu rechnen. Dies bedeutet, dass die eigene Produktion weiter gesteigert werden muss, um die Importabhängigkeit zu reduzieren. Das Ziel der Regierung ist es, nicht nur die Versorgung der Bevölkerung vollständig aus heimischer Produktion zu gewährleisten, sondern auch Geflügel- und Schweinefleisch zu exportieren. Laut Prognosen des Landwirtschaftsministeriums sollen in zehn Jahren bis zu 400.000 Tonnen Geflügel- und 200.000 Tonnen Schweinefleisch in die GUS- und EU-Länder sowie nach Südostasien und in den Nahen Osten ausgeführt werden.

Russische Erzeuger können kurz- und mittelfristig unmöglich ausreichend Lebensmittel aus eigener Produktion bereitstellen. Desweiteren ist nicht davon auszugehen, dass die vom Importverbot betroffenen Güter sofort und in vollem Umfang durch Importe aus anderen Ländern ersetzt werden können, da die Erschließung neuer Erzeugermärkte zeitaufwendig ist.

Der Prozess der Importsubstitution kann nur langsam verlaufen, da es sich bei den russischen Agrarerzeugern um vorwiegend kleinere Betriebe handelt. Auch die großen Entfernungen in Kombination mit der fehlenden Infrastruktur und dem komplizierten Geflecht aus Importeuren, Zwischenhändlern und Vermittlern stellen eine große Herausforderung für die Belieferung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen dar. Dies schlägt sich in hohen Kosten für Logistik und somit in höheren Verbraucherpreisen nieder. Die Versorgung mit Lebensmitteln überwiegend aus eigener Produktion ist also kurz- bis mittelfristig kaum realistisch. Laut der Zeitschrift »Delowoje Obosrenije« könnte der Ausbau der Eigenproduktion von Geflügelfleisch mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen, bis die Nachfrage ausreichend gedeckt wäre, bei Obst und Gemüse wären es drei bis vier Jahre, bei Schweinefleisch vier bis fünf Jahre und bei Rindfleisch würden sogar bis zu zehn Jahre gebraucht.

Fazit

Das kurzfristig entstandene zusätzliche Angebot an Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln belastet die EU-

Märkte und führt zu Preisrückgängen. Die gesperrte Ware muss im Wesentlichen auf dem Binnenmarkt abgesetzt werden, wodurch die Erzeugerpreise in der EU unter Druck geraten sind. Dies ist jedoch nur eine vorübergehende Entwicklung, denn mittelfristig gesehen wird sich der Handel wieder stabilisieren und die Preise werden sich normalisieren. Mittel- und langfristig sind Marktanpassungen zu erwarten, die die Preiswirkung abschwächen. Die Warenströme werden sich verschieben. Die Erzeuger finden alternative Absatzwege; notfalls wird die Produktion gedrosselt bzw. an die Nachfrage angepasst. Nach Einschätzung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft werden die Auswirkungen des russischen Importstopps für die deutschen Erzeuger spürbar, aber beherrschbar sein. Langfristig könnte das Importverbot jedoch einen Vertrauensverlust mit sich bringen: Die Europäischen Unternehmen werden vermutlich in Zukunft die Handelsbeziehungen mit Russland kritischer sehen. Russland könnte auch nach Aufhebung der Importverbote als Markt verloren gehen. Die Russischen Verbraucher spü-

ren die Konsequenzen der Importverbote in Form von Preiserhöhungen und durch vorübergehenden Verzicht bzw. Substitution bestimmter Produkte deutlich. Dem Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung zufolge wird Gemüse in Russland 2015 noch teurer werden. Experten meinen, dass Russland mit den Importverböten für Agrargüter der eigenen Wirtschaft zusätzlichen Schaden zufügt. Das Land ist weiterhin in hohem Maße auf importierte Lebensmittel angewiesen. Das Importverbot wird das Land international nur noch weiter isolieren. Laut Prognosen der russischen Zentralbank wird die Inflationsrate durch die Importverbote weiter steigen und somit die Kaufkraft der Bevölkerung in Russland sinken. Hinzu kommt, dass die Preise für bestimmte Agrarprodukte kurz- bis mittelfristig weiter steigen werden. Vor diesem Hintergrund werden die russischen Sanktionen in erster Linie für Russland selbst negative Folgen haben, in Form von Preiserhöhungen sowie eingeschränkten Handelsbeziehungen mit den betroffenen Ländern. Die Europäische Kommission rechnet weiterhin mit einer Stagnation der russischen Wirtschaft.

Über die Autorin:

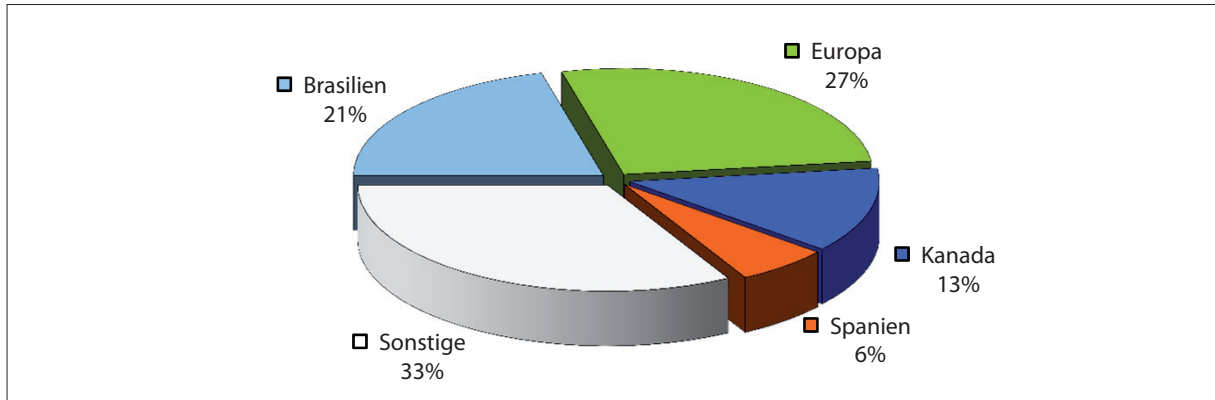
Dr. Vera Belaya studierte Betriebswirtschaft an der Kasachischen Agraruniversität in Astana, Agrarmanagement an der Hochschule Weihenstephan in Triesdorf und promovierte am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) in Halle (Saale). Sie arbeitet als Fachjournalistin, Referentin und Übersetzerin mit Fokus auf die Agrarwirtschaft. Ihr Kompetenzprofil ist im Experten-Atlas der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) zu finden: <[https://www.intern.dafa.de/34.html?&L=1&ctx_jhsdafamapping_pi1\[cmd\]=view_single&ctx_jhsdafamapping_pi1\[uid\]=762](https://www.intern.dafa.de/34.html?&L=1&ctx_jhsdafamapping_pi1[cmd]=view_single&ctx_jhsdafamapping_pi1[uid]=762)>.

Lesetipps

- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. AG Auswirkungen der russischen Importbeschränkungen auf die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft: Bericht über die Auswirkungen des russischen Importstopps auf die EU-Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel (Stand: 27. 10. 2014); (<http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/InternationaleZusammenarbeit/AuswirkungenRU.pdf?__blob=publicationFile>)
- German Trade & Invest (GTAI): Russland-Sanktionen aktuell; (<<http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Specials/russland-sanktionen.html?view=renderPrint>>)
- Global Agricultural Information Network (GAIN): Food Import Ban Changing Russian Far East Food Market [= GAIN Report Nr. RFATO001], 28. Januar 2015; (<http://gain.fas.usda.gov/Recent%20GAIN%20Publications/Food%20Import%20Ban%20Changing%20Russian%20Far%20East%20Food%20Market_Vladivostok_Russian%20Federation_1-28-2015.pdf>)
- Global Agricultural Information Network (GAIN): EU Meat Sector Withstands Russian Ban [= GAIN Report Nr. NL5006], 20. Februar 2015; (<http://gain.fas.usda.gov/Recent%20GAIN%20Publications/Livestock%20and%20Products%20Semi-annual_The%20Hague_EU-28_3-16-2015.pdf>)

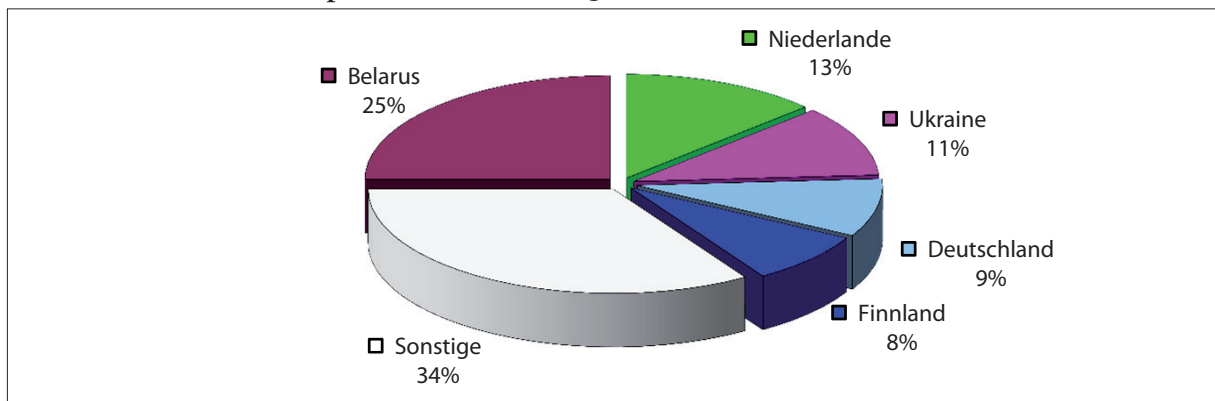
Importabhängigkeit Russlands (exemplarische Produkte)

Grafik 1: Russischer Import von Schweinefleisch (2013)



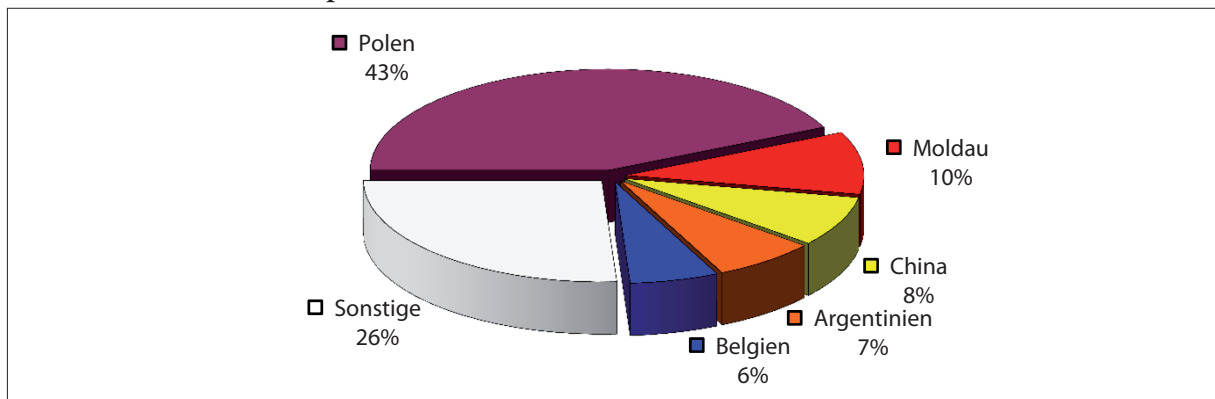
Quelle: Zolldienst der Russischen Föderation, Moskau, 2014

Grafik 2: Russischer Import von Käse und Quark (2013)



Quelle: Zolldienst der Russischen Föderation, Moskau, 2014

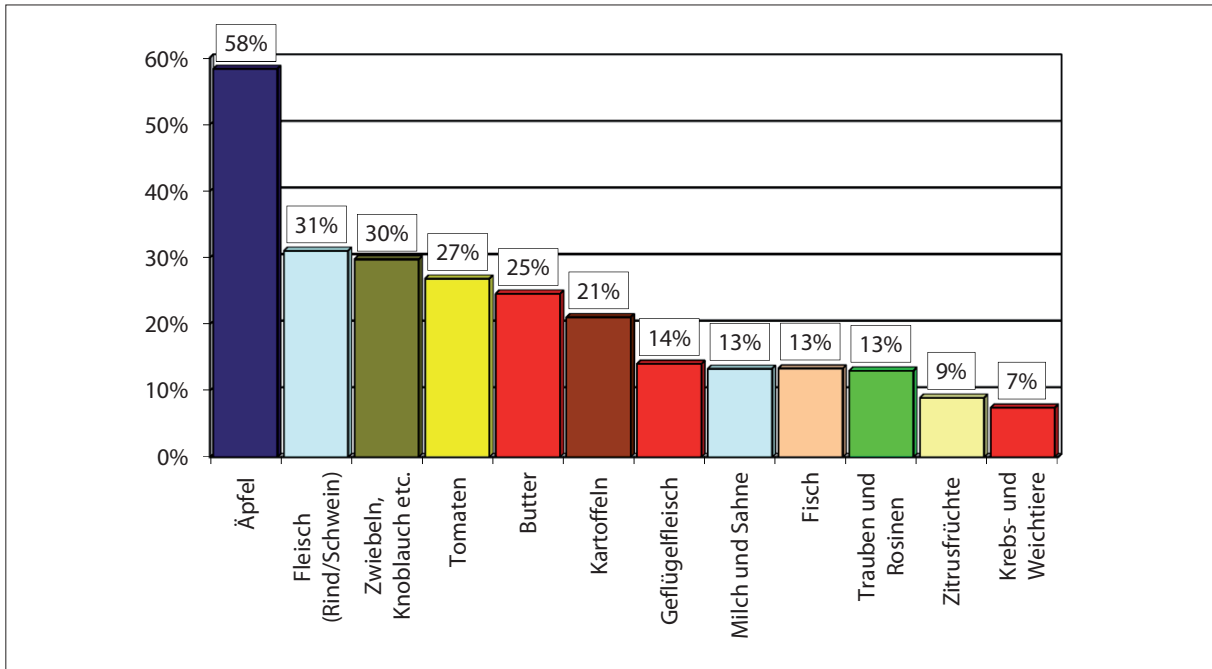
Grafik 3: Russischer Import von Kernobst (2013)



Quelle: Zolldienst der Russischen Föderation, Moskau, 2014

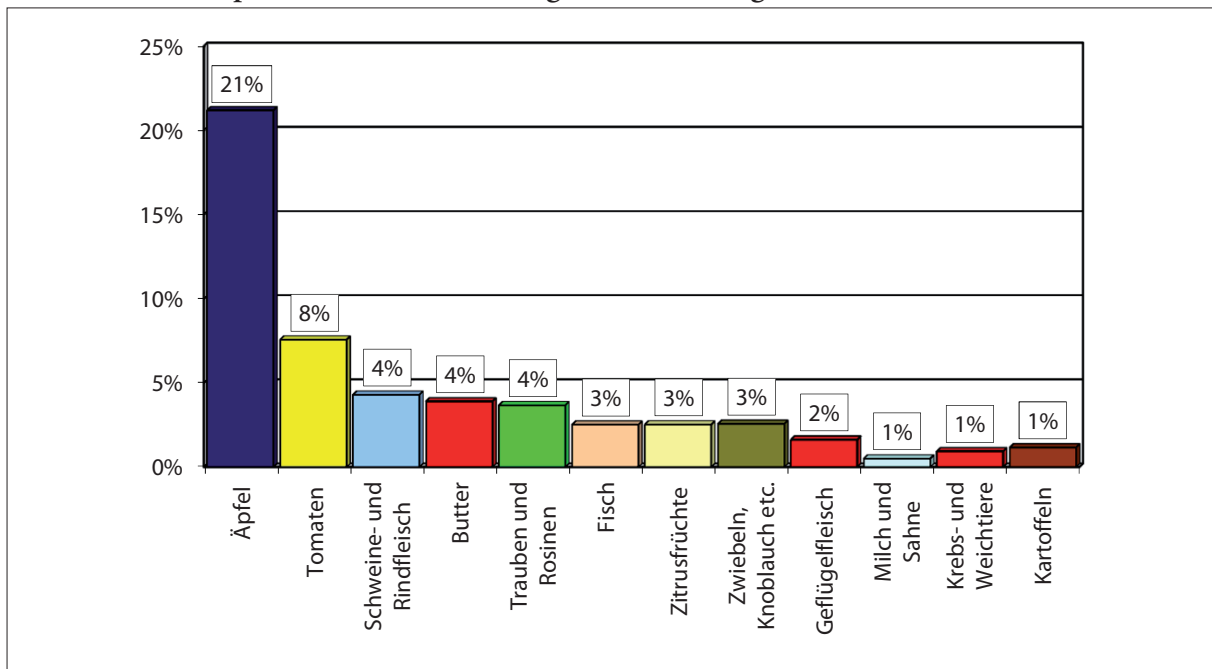
Anteile Gesamtimporte und Exportausfälle

Grafik 4: Anteil der EU-Agrarausfuhren an den russischen Gesamteinfuhren (2013)



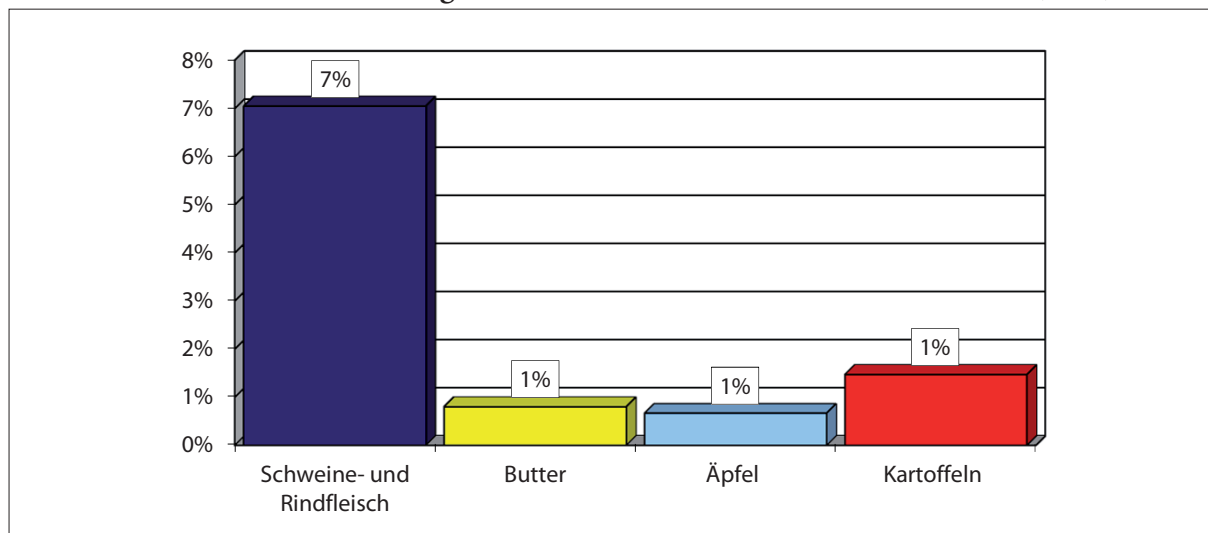
Quelle: Rosstat und EU Export Helpdesk

Grafik 5: EU-Exportausfall durch Embargo (auf Grundlage der Daten von 2013)



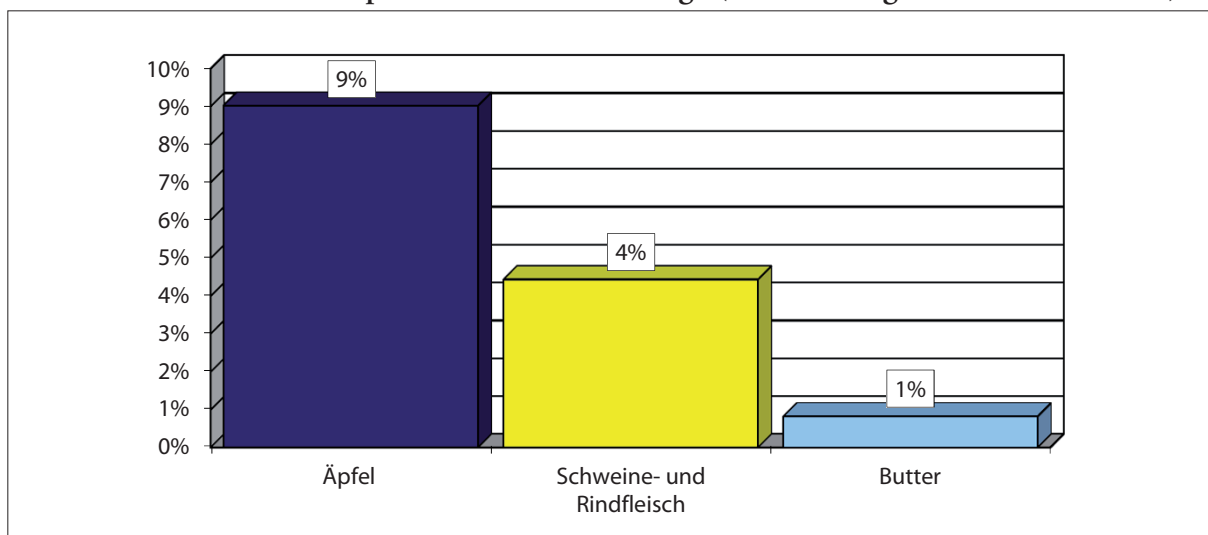
Quelle: Rosstat und EU Export Helpdesk

Grafik 6: Anteil der deutschen Agrarausfuhren an Russlands Gesamteinfuhren (2013)



Quelle: Rosstat und EU Export Helpdesk

Grafik 7: Deutschlands Exportausfall durch Embargo (auf Grundlage der Daten von 2013)

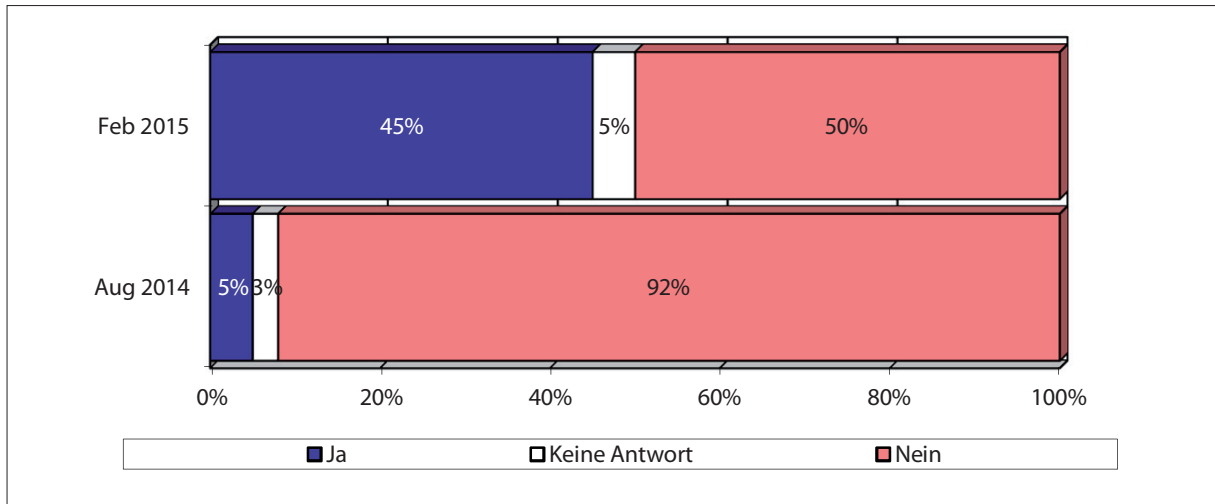


Quelle: Rosstat und EU Export Helpdesk

UMFRAGE

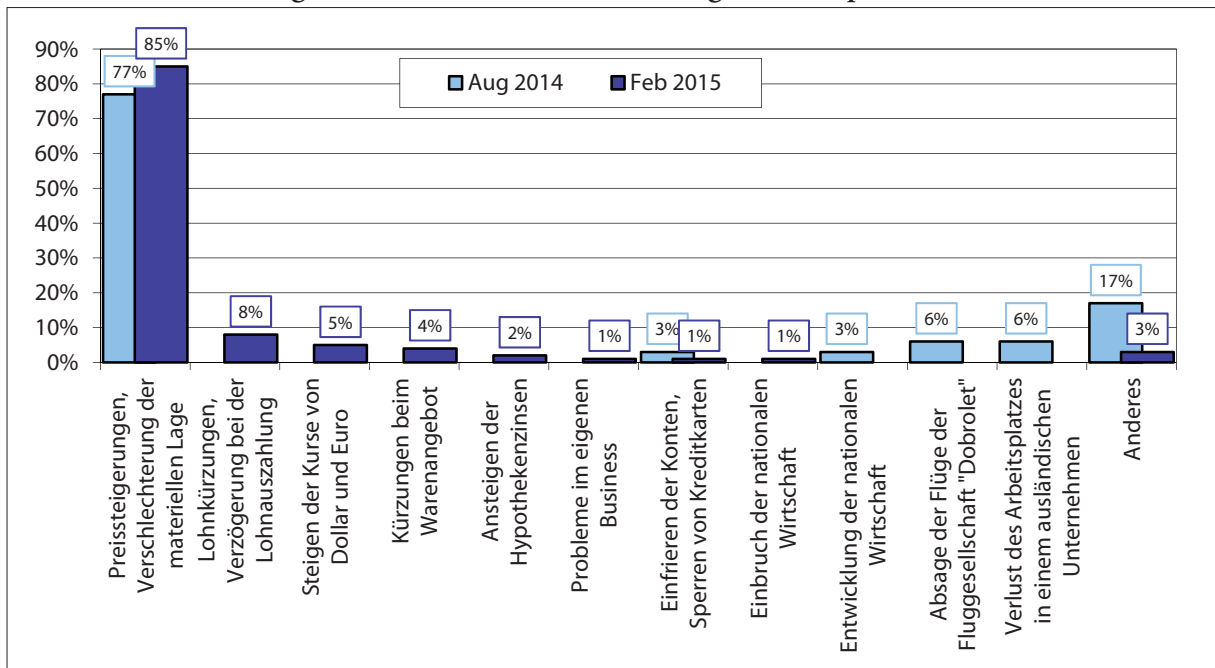
Russen über Sanktionen und ihre Auswirkungen

Grafik 8: Hatten die gegen Russland verhängten Sanktionen Folgen für Sie persönlich oder Ihre Familie? (geschlossene Frage, eine Antwort derjenigen Respondenten, die von den Sanktionen gegen Russland gehört haben)



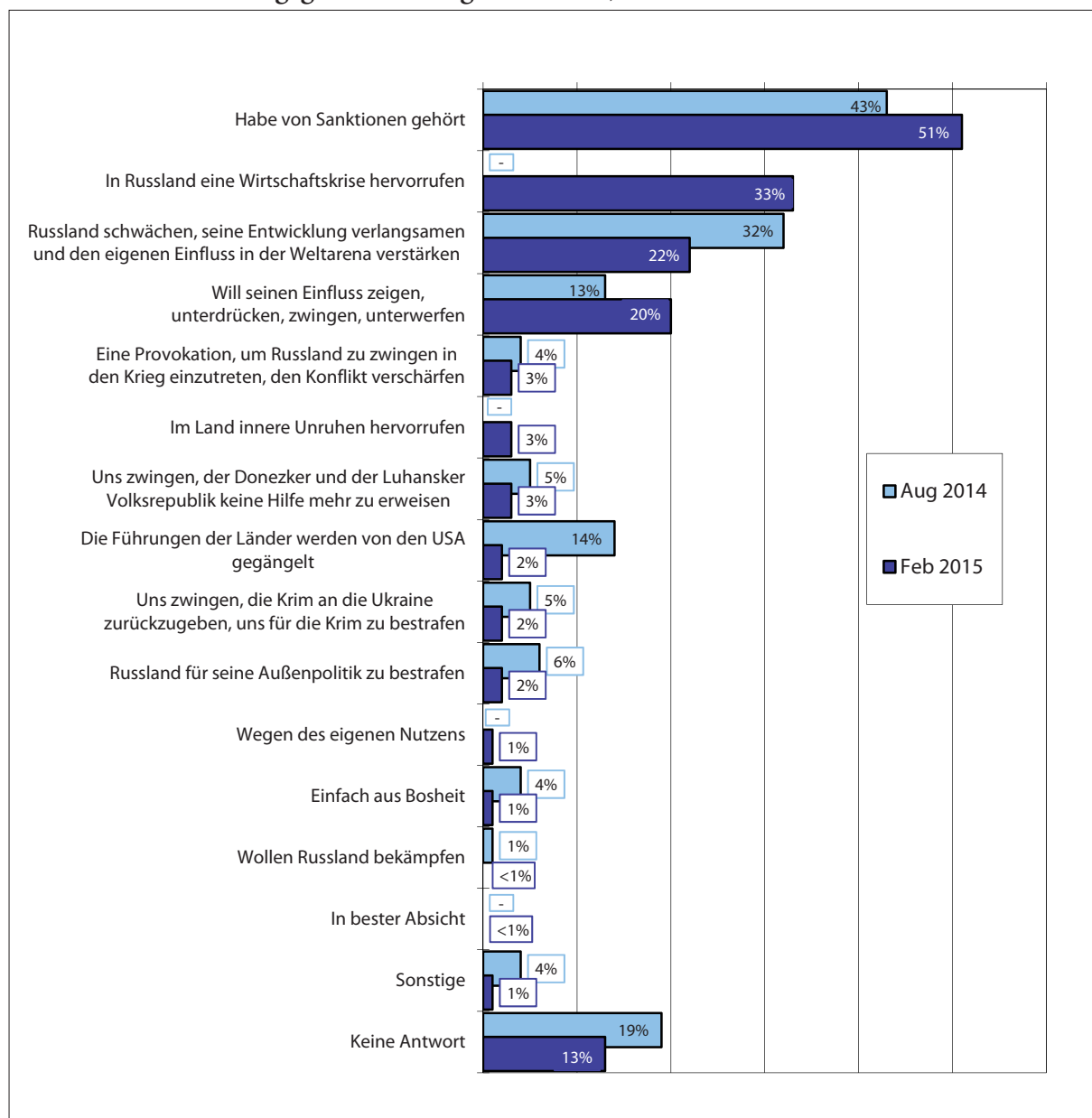
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 14.–15.2.2015. Sample 1.600, Fehlertoleranz bis zu 3,5% <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115168>>

Grafik 9: Wenn die Sanktionen Folgen für Sie hatten, dann welche? (offene Frage, beliebig viele Antworten derjenigen Respondenten, die von den Sanktionen gegen Russland gehört haben und glauben, dass die Sanktionen Folgen für sie persönlich haben)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 14.–15.2.2015. Sample 1.600, Fehlertoleranz bis zu 3,5% <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115168>>

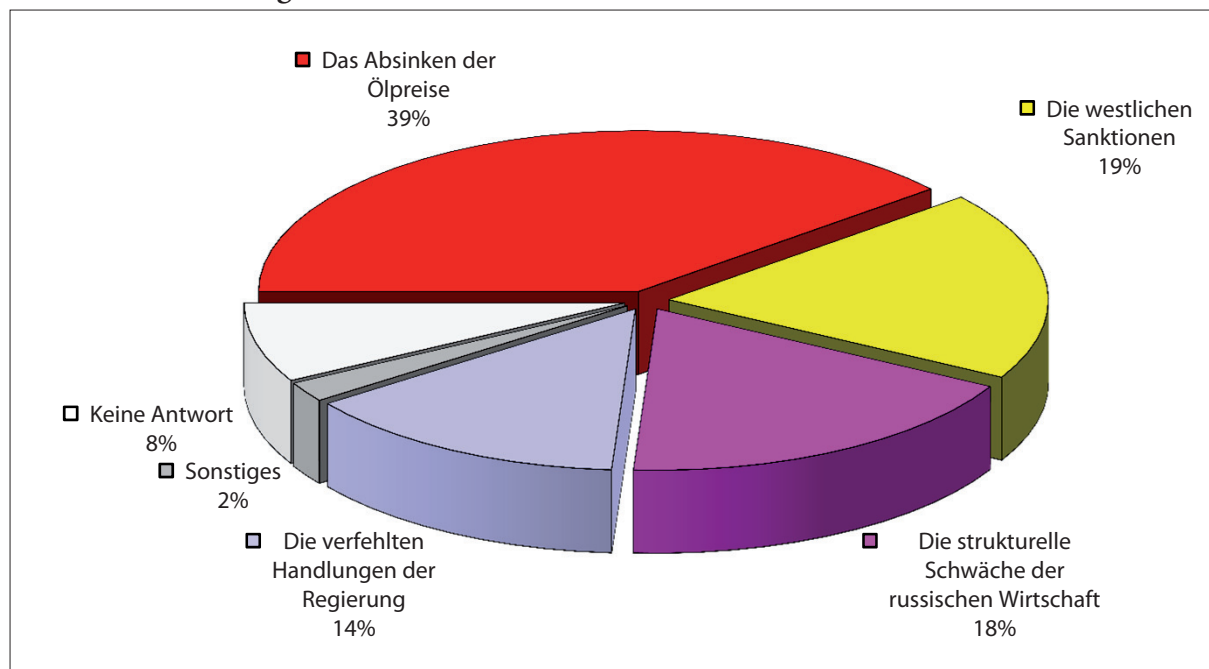
Grafik 10: Was meinen Sie, was wollte der Westen mit der Verhängung von Sanktionen erreichen?* (offene Frage, beliebig viele Antworten derjenigen Respondenten, die von Sanktionen gegen Russland gehört haben)



* Im August 2014 lautete die Frage: »Was meinen Sie, welche Ziele verfolgen die Länder, die diese Sanktionen gegen Russland verhängt haben?«

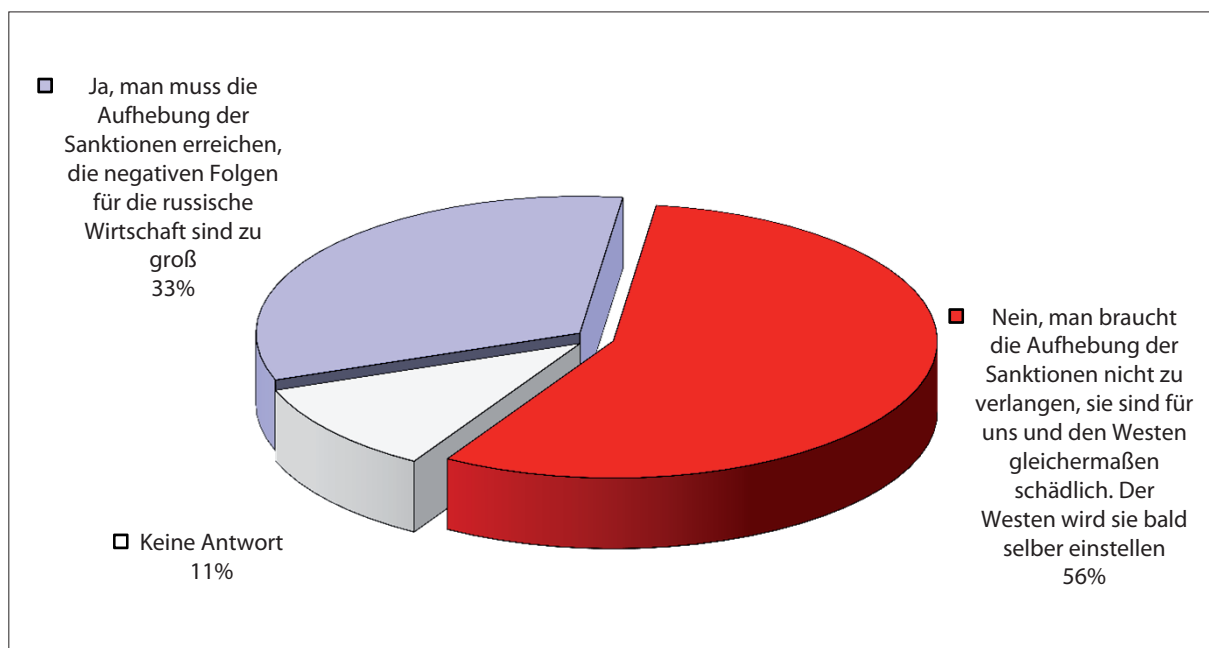
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15.2.2015. Sample 1.600, Fehlertoleranz bis zu 3,5% <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115168>>

Grafik 11: Was hat im letzten Halbjahr den stärksten negativen Einfluss auf die russische Wirtschaft ausgeübt?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14./15.2.2015. Sample 1.600, Fehlertoleranz bis zu 3,5% <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=115175>>

Grafik 12: Soll Russland von den westlichen Ländern die Aufhebung der Sanktionen verlangen oder nicht?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14./15.2.2015. Sample 1.600, Fehlertoleranz bis zu 3,5% <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=115175>>

Lada, Renault, Nissan & Co

Probleme der Re-Industrialisierung am Beispiel der russischen Automobilindustrie

Rudolf Traub-Merz, Moskau

Zusammenfassung

Russland leidet seit dem Ende der Sowjetunion an der De-Industrialisierung seiner Wirtschaft. Dabei intervenierte der Staat immer auch industriepolitisch, nur fällt es schwer, die einzelnen Massnahmen einer übergreifenden Entwicklungsstrategie zuzuordnen. Weder wurde eine freie Marktwirtschaft eingeführt, noch wurde das verarbeitende Gewerbe hinter eine Wand hoher Schutzzölle gestellt, die vor Auslandskonkurrenz schützen könnte. Eine Förderstrategie des »picking national champions« lässt sich ebenso wenig ausmachen wie ein Setzen auf Sektoren mit komparativen Kostenvorteilen. Viele »industriepolitische Eingriffe« außerhalb der Militärgüterproduktion – für diese gelten andere Überlegungen – dienten oft nur der Rettung insolventer Unternehmen. Nicht Technologieinnovation oder die Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit, sondern Beschäftigungssicherung war das gemeinsame Band. Sprudelnde Öleinnahmen wurden in Form von Kapitalspritzen, gestundeten Steuern, Auftragszuteilungen oder anderen Vergünstigungen verteilt, um insolvente Unternehmen, die sozialpolitisch als »too big to fail« eingeschätzt wurden, am Leben zu halten.

Eine Ausnahme stellt die Automobilherstellung dar. Nach Jahren des Niedergangs und massiver Finanzhilfen aus dem Staatshaushalt ist dort vor einem Jahrzehnt das Steuer radikal herumgerissen und die Branche mit »klassischer« Industriepolitik auf Wachstum getrimmt worden.

Von der Planwirtschaft in die marktwirtschaftliche Absatzkrise

Russlands Automobilindustrie entstand in den frühen Jahren der Sowjetzeit. Die ersten Produktionsstandorte wurden in den 1920er Jahren aufgebaut, mit dem Schwergewicht bei Lastwägen und Traktoren.

Mitte der 1960er Jahre startete die Regierung ein Großprojekt zur Modernisierung der Produktion und zur Versorgung privater Haushalte mit PKWs. Auf der Grundlage eines Kooperationsabkommens mit dem italienischen Fiat-Konzern wurde in Toljatti an der Wolga – benannt nach dem KPI-Führer Togliatti für dessen Verdienste bei der Einwerbung von Fiat – eine Autostadt aus dem Boden gestampft.

Zwischen 1970 und 1975 war der Fiat-Lizenzbau des Lada ein Quantensprung der sowjetischen Automobilfertigung, mit dem vorübergehend Anschluss an westliche Technologiestandards gefunden wurde. Danach blieben Innovationen aus, und das gesamtrossische Fahrzeugangebot stagnierte bei einem Jahresausstoß von rund 1,3 Mio. PKWs. Bei den Fertigungsmethoden und der Produktausstattung nahm der Qualitätsabstand zu westlichen Fabrikaten ständig zu.

Mit dem Ende der Sowjetunion und der Marktöffnung für ausländische Fabrikate geriet die Automobilindustrie in den 1990er Jahren wie alle anderen Branchen des verarbeitenden Gewerbes in eine tiefe Absatzkrise.

Im Jahr 2000 begann eine neue Phase. Mit dem Ölpreisboom verbesserte sich die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern und davon profitierten teilweise auch heimische Automobilfirmen. Hinzu kam aber eine

negative Kostenentwicklung. Hohe Reallohnzuwächse und steigende (reale) Wechselkurse ließen die Preisvorteile heimischer Fahrzeuge sinken; angesichts erheblicher Qualitätsnachteile wandten sich die Kunden Importmodellen zu. So schnellten allein die PKW-Einfuhren von 2005 auf 2007 um 177 % nach oben und erreichten bereits einen Marktanteil von 50 % (vgl. Tabelle 1 auf S. 17). Angesichts der Dynamik dieser Absatzverschiebungen war abzusehen, dass die Automobilfertigung in Russland in wenigen Jahren vor dem Aus stehen würde.

Der Vormarsch ausländischer Automobilkonzerne

Alarmiert von den Hilferufen russischer Hersteller und der Gewerkschaften intervenierte dann die Regierung. Mit den Verordnungen Nr. 166 vom 29.3.2005 und Nr. 566 vom 16.9.2006, die mit nachfolgenden Erlassen verschärft wurden, bezweckte die Regierung aber nicht die von heimischen Lobbygruppen geforderte Protektion russischer Firmen, sondern sie versuchte damit, ausländische Unternehmen in Russland anzusiedeln. Nun wurden auch Auslandsinvestoren durch Schutzwälle unterstützt.

Mit der Ausgestaltung der Protektionspolitik gestand die Regierung das Scheitern früherer Bemühungen ein, mit Staatshilfe eigene Hersteller zu globalen Automobilkonzernen zu formen. Ohne verbindlichen Technologietransfer an russische Unternehmen und angesichts von Vergünstigungen, die die Kosten für Anlageinvestitionen verringerten, sowie eines Marktes, der das Potential hatte, innerhalb weniger Jahre auf die erste Stelle

des europäischen Automobilmarkt vorzurücken, nimmt es wenig Wunder, dass innerhalb kurzer Zeit alle großen internationalen Automobilhersteller mit der Regierung Ansiedlungsabkommen abschlossen (vgl. Tabelle 2 auf S. 18).

Tabelle 3 auf S. 18 fasst die Entwicklung des Automobilmarktes in Russland im Zeitraum 2005–2013 zusammen. Hervorzuheben sind:

- Der Gesamtmarkt verdoppelte sich im Zeitraum 2005–2008 von 1,5 Millionen auf knapp 3 Millionen PKWs. Nach enormen Einbußen während der Wirtschaftskrise 2008/2009 nahm er wieder Tempo auf und wuchs auf Vorkrisenniveau. Seit 2013 dämpft das geringe Wirtschaftswachstum die Nachfrage.
- Das Wachstum ist stark volatil. In der Wirtschaftskrise bricht der Automobilmarkt überproportional ein, im Aufschwung wächst er überproportional.
- Der Anteil der Einfuhren, die bis 2009 auf 59 % hochgeschneit waren, ist innerhalb weniger Jahre stark zurückgegangen (2013: 25,4 %).
- Der Anteil russischer Fahrzeuge, der 2005 noch bei 60 % lag, sank ebenfalls stark und lag 2013 nur noch bei 22,4 %.
- Größter Anbieter sind inzwischen ausländische Firmen mit Produktionsanlagen in Russland. Ihr Anteil ist von 10,1 % (2005) auf 52,2 % (2013) gestiegen.

Die Zahlen vermitteln ein klares Bild: Die industriepolitische Intervention führt in Russland zu einem doppelten Verdrängungsprozess. Zurückgedrängt wird – wie intendiert – die Einfuhr von Fahrzeugen. Die Automobilfertigung ist wieder »nach Russland gewandert«. Allerdings wird ein großes Segment (ca. 25 %) weiterhin über Importe abgedeckt. Hier handelt es sich hauptsächlich um Modelle, die vor Ort nicht hergestellt werden, vor allem im Bereich der Luxusfabrikate.

Gewinner dieser »Standortsicherungsstrategie« sind aber nicht die russischen Firmen. Die staatliche Politik bietet russischen Herstellern keinen speziellen Schutz und in der freien Marktkonkurrenz sind sie gegenüber den Tochtergesellschaften der globalen Automobilkonzerne im Hintertreffen.

Wie sich diese Prozesse mittel- und langfristige auf die Formierung eines nationalen Unternehmertums auswirken, kann mit einer Analyse der Ausgestaltung des größten Joint Ventures, Avtovaz, beantwortet werden.

Avtovaz: die russische Automobilindustrie im Brennglas

Die Entwicklung von Avtovaz seit der Auflösung der Sowjetunion steht stellvertretend für die gesamte Automobilbranche Russlands. 1993 erfolgte durch eine Voucher-Privatisierung die Umwandlung des Kombinats

in eine Aktiengesellschaft, in der die Belegschaft 51 % Anteile übernahm. In Russland besteht kein Zwang, Aktionäre öffentlich zu benennen, so dass die Entwicklung der Besitzverhältnisse kaum nachzuvollziehen ist. Wie bei anderen privatisierten Unternehmen scheinen im Hintergrund finanzstarke Kräfte und Manager des Unternehmens die Aktien eingesammelt zu haben. Vermutlich hat das Avtovaz-Management bald die Mehrheit übernommen gehabt.

Absatzkrise, ausbleibende Managementreformen und teilweise mafiose Zustände bei Vertrieb und Zulieferung ließen dem Unternehmen das Aus drohen. Aus sowjetischen Zeiten bereits hoch verschuldet, war es ständig auf der Suche nach neuen Krediten und konnte seine Steuern nicht bezahlen. Der Versuch, in den 1990er Jahren ausländische Investoren zum Einstieg zu gewinnen, misslang. Immer wieder stundete die Regierung Steuern oder stellte Finanzspritzen bereit.

Verstaatlichung und Beschäftigungsgarantie

Avtovaz begann dann mit Umstrukturierungsmaßnahmen. Es wurde ein neues Buchhaltungssystem nach internationalen Standards eingeführt, die Abteilungen erhielten Kostenstellen. Das Verteilernetz wurde »von kriminellen Elementen gesäubert« und unter die Kontrolle des Unternehmens gebracht, einige Abteilungen wurden in eigenständige Firmen überführt.

Die Reformen verbesserten zwar die technischen Abläufe, schafften aber neue Probleme. Ausgelagerte Firmenabteilungen blieben mit komplizierten Aktienverschachtelungen an den Konzern rückgebunden und wurden mit langfristigen Verträgen und Abnahmезusagen versorgt. Die organisatorischen Umstellungen verringerten zwar die nominellen Beschäftigungszahlen im Werk, im Gesamtkonzern blieben diese aber unverändert bei etwa 150.000. Das russische Zuliefernetz blieb dünn und oftmals lagen auf beiden Seiten der Transaktion Monopolstellungen vor. Insgesamt fielen die Produktivitätsgewinne bescheiden aus, die Liquiditätsprobleme blieben bestehen. Zinslose Regierungsdarlehen und Steuerstundungen hielten das Werk zwar über Wasser, an Modernisierungsinvestitionen und neue Modelle war aber nicht zu denken.

Wie bei anderen Unternehmen wurden auch bei Avtovaz Schulden gegenüber dem Staat immer wieder in Kapitalanteile überführt. Das erworbene Aktienpaket wurde 2005 dem staatlichen Rüstungskonzern »Rosoboronexport« übertragen. Nichts deutet darauf hin, dass die Wiederverstaatlichung nach einem Plan geschah. Außer dem Wiedereinstieg als Miteigentümer verfolgte die Regierung keine weiteren Pläne; Entlassungen blieben aus, ebenso personelle oder organisatorische Umstrukturierungen. Das Management, das nicht

in der Lage war, das Unternehmen nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen, wurde unverändert im Amt bestätigt.

Immerhin: Die Suche nach einem ausländischen Investor zeigte 2001/02 einen Teilerfolg. Der amerikanische Automobilkonzern General Motors (GM) lehnte angesichts der inneren Schwierigkeiten des russischen Partners einen Direkteinstieg ab, gründete aber mit Avtovaz ein separates Joint Venture und baute in einer parallelen Fertigungslinie in Toljatti den neuen Chevrolet-Lada.

Renault übernimmt – die letzte Chance?

Die ab 2006 boomende Nachfrage nach PKWs und die neue Industriepolitik für den Automobilsektor verbesserten die Chancen, einen ausländischen Investor zu finden. Im Wettbewerb mit GM und FIAT setzte sich Renault durch. Der französische Konzern stieg 2008 mit einer Einlage von einer Milliarde US-Dollar bei Avtovaz ein und übernahm ein Aktienpaket von 25%. Die Regierung wechselte auf ihrer Kapitalseite »Rosoboronexport« gegen die Staatsholding »Rostec« (bis 2014: »Rostechologii«).

Wenige Monate später traf die Weltwirtschaftskrise von 2008/2009 den russischen Automobilmarkt mit voller Wucht. Der Lada-Verkauf brach um 50% auf nur noch 350.000 Fahrzeuge ein, über 150.000 gingen auf Halde. Das Werk reagierte mit einer Drosselung der Fertigung und einem Absenken der Löhne. Wieder einmal befand es sich im Überlebenskampf. In der Region Samara, für die Avtovaz der wichtigste Arbeitgeber ist, sank das BIP um 38%.¹

Regierung, Avtovaz-Management, die Gebietsregierung Samara sowie Renault kämpften um ein Rettungspaket. Die Regierung verhinderte zunächst mit einer erneuten Kapitalspritze den Untergang des Unternehmens, verlangte aber von Renault ebenfalls finanzielle Unterstützung oder eine Verwässerung des Anteils. Nach heftigen, teils öffentlich geführten Auseinandersetzungen, gelang ein Sanierungskonzept (s. Renault Press: Renault, Russian Technologies and Troika Dialog agree on Avtovaz Restructuring Measures, März 2010):

Die Regierung erhöhte ihren Krisenbeitrag auf 1.67 Mrd. €;

- die Gebietsregierung Samara übernahm die Lohnkosten von 14.600 Beschäftigten, die in zwei Tochterunternehmen von Avtovaz ausgegliedert wurden;
- Sozialeinrichtungen des Werks wurden an Zentral- und Kommunalbehörden übergeben;

- Renault stellte keine Geldmittel bereit, sondern Technologien, Maschinen und eine Fertigungsplattform seiner rumänischen Billigmarke Dacia im Wert von 240 Millionen Euro.

Sieger der Auseinandersetzung war Renault. Im Lichte der nachfolgenden Schritte kann die Rettungsstrategie von 2009 als Paradigmenwechsel hinsichtlich des Managements von Avtovaz und seiner wirtschaftlichen Einbettung gewertet werden:

- Das Unternehmen sollte nun betriebswirtschaftlich geführt werden und ohne Finanzhilfen der Regierung auskommen. Dafür wurde Beschäftigungspolitik zur ausschließlichen Angelegenheit des Managements. Avtovaz strich bereits 2009 rund 30.000 Stellen, vor allem in der Verwaltung; der weitere Beschäftigungsabbau erfolgte seither in kleineren Schritten;
- Renault übernahm die Führerschaft im Technologiebereich und trieb die Modernisierung mit der Bereitstellung der Fertigungspläne für die BO-Plattform von Dacia voran. Damit wird künftig die Kapazität um 350.000 auf über eine Million PKWs im Jahr erweitert. 70% der Fertigung soll Avtovaz zugute kommen und 30% Renault-Nissan, die eigene Modelle vom Band laufen lassen können;
- Renault versuchte bereits 2008 bei der Übernahme von 25% der Aktien französische Manager ins Werk zu bringen. Sie wurden wohl vom russischen Management abgeblockt und wieder abgezogen. Renault beschloss nun, Nissan ebenfalls ins Unternehmen zu ziehen und gemeinsam eine Anteilsmehrheit anzustreben. Damit soll das russische Management unter französisch-japanische Kontrolle gebracht werden;
- die Regierung unterstützte das Sanierungskonzept, indem sie 2010 den Absatz mit einer Abwrackprämie anregte, die nur beim Kauf russischer Fahrzeuge fällig wurde.

Die Umstrukturierung der Besitzverhältnisse erfolgte 2012. Der neu gegründeten »Alliance Rostec Auto« (ARA) wurden 74,51% des Aktienkapitals übertragen. Renault erhöhte mit einer weiteren Kapitalspritze von 742 Millionen US-Dollar seinen ARA-Anteil auf 50%; Nissan stieg mit einer Investition von 376 Millionen US-Dollar ein und übernahm ein Aktienpaket von 17,13%. Bei »Rostec« verblieben 32,87%. (Avtovaz Annual Report 2013, S. 9). Die Investmentbank »Troika Dialog« verkaufte ihre Anteile. Die außerhalb von ARA gehaltenen 25,5 Prozent verblieben im Streubesitz. Mit der Aktienmehrheit erhielt Renault-Nissan auch die Mehrheit im Aufsichtsrat (acht der 15 Sitze) und die Kontrolle über das Management. Zwar behielt der russische Staat ein Vetorecht, er zog sich aber aus

¹ Kolesnichenko, A.: Russia Tries to Save Avtovaz, Again, in: Bloomberg Businessweek, 28.05.2009; <http://www.businessweek.com/globalbiz/content/may2009/gb20090528_188692.htm>.

der Unternehmensführung weitgehend zurück. Die Geschäftspolitik wird nun im Ausland bestimmt und Avtovaz zu einer regionalen Gliederung eines internationalen Konzerns. Die Integration betrifft auch den Einkauf und die Koordinierung mit Zulieferern. Avtovaz wird in die RNPO (Renault-Nissan Purchasing Organisation) eingebunden. Bis 2016 sollen 80 % der Einkäufe über die RNPO getätigt werden.

In welche Richtung Avtovaz geführt wird, zeigte sich bereits 2014, als der russische Automobilmarkt erneut stark einbrach. Die Belegschaft wurde um weitere 14.000 Stellen reduziert. In einem Interview gab Bo Andersson, seit 1. Januar 2014 erster ausländischer Generaldirektor in der 48-jährigen Werks Geschichte, die Entwicklung der nächsten Jahre vor:

»Die Produktivität lag 2013 bei 20 Autos pro Jahr und Angestellten. Bis Jahresende dürften wir sie auf 40 verdoppelt haben, unser nächstes Ziel wären dann 60«. (Interview mit Bo Anderson in Automotive News Europe, 7. Oktober 2014).

Avtovaz ist nicht das einzige Standbein von Renault-Nissan in Russland. Renault unterhält seit Ende der 1990er Jahre ein Joint Venture mit »Avtoframos«, in dem verschiedene Modelle zusammengeschaubt werden. Und Nissan engagiert sich seit 2009 in St. Petersburg, wo es eigene Modelle vom Band rollen lässt. Mit allen Fertigungsanlagen zusammen wollen Renault-Nissan 40 % des russischen Marktes erobern. Diese Expansionsstrategie soll Renault-Nissan vom vierten auf den dritten Platz der weltgrößten Automobilkonzerne klettern lassen.

Der Standort Russland wird dabei zu einer wesentlichen strategischen Säule in einer weltweiten Vermarktungsstrategie. Damit geht Renault-Nissan über das Engagement anderer ausländischer Hersteller hinaus, die bisher in Stückzahlen von 150.000 – 350.000 planen. Für letztere bleibt der russische Markt von nachgeordneter Bedeutung. Renault-Nissan jedoch bindet seine Expansionsstrategie an das Schicksal von Avtovaz und ist nun gezwungen, im russischen Hauptwerk die Produktivität auf internationales Niveau zu heben.

Zukünftige Entwicklungstrends

Bis Mitte 2013 prägte großer Optimismus Prognosen über die Zukunft des russischen Automobilmarktes. Russland sollte den deutschen Markt überholen und in Europa auf Platz eins klettern. Eine Jahresnachfrage von 5 Millionen PKWs schien möglich. Mittlerweile herrscht Pessimismus vor. Roland Berger Consulting passte im Mai 2014 seine Szenarien an (Grafik 1 auf S. 19). Nunmehr wird mit einem stagnierenden Markt oder nur geringen Zuwächsen gerechnet. Es ist schwie-

rig, inmitten einer Absatzkrise positive Aussagen über die Marktentwicklung zu treffen.

Dennoch sind auch auf einem Binnenmarkt, der in der jetzigen Größenordnung verharrt, Wachstumsstrategien möglich: Der Importanteil, der immer noch bei rund 30 % liegt, könnte weiter zurückgedrängt werden; mit einer Verringerung der Verkaufspreise könnten neue Käufer gewonnen werden; und schließlich ließe sich der Absatz über Ausfuhren ankurbeln.

Über die zukünftige Marktentwicklung bestimmen auch die Schutzzölle. Im Jahr 2012 trat Russland nach 18-jährigem Verhandlungsmarathon der Welthandelsorganisation (WTO) bei. Die Sinnhaftigkeit der Mitgliedschaft einer Öl-Ökonomie in einer Handelsorganisation, die sich nicht mit Ressourcen-Handel beschäftigt, ist zweifelhaft, und große Teile der russischen Unternehmerschaft sprachen sich in jeder Verhandlungsphase gegen den Beitritt aus. Sie forderten nicht ausländische Absatzmärkte, sondern Schutz vor Konkurrenz. Die Maximalhöhe fortbestehender Einfuhrzölle auf fertige Pkws wurden erst nach zähen Verhandlungen in ein WTO-Sonderprotokoll überführt, das für einen Zeitraum von sechs Jahren (2012–2018) Ausnahmeregelungen gewährt (siehe Tabelle 5 auf S. 19).

Die Sonderabsprachen enden 2018, danach dürfen auf Einfuhren nur noch 15 % Schutzzoll erhoben werden. Ebenso entfallen dann die Vorgaben für die Lokalisierung der Produktion (»local content«) der Verordnung Nr. 166. Im Nutzfahrzeugbereich sind diese WTO-Einschnitte noch stärker ausgeprägt.

Wichtig ist ebenfalls: Mit dem Wegfall der Lokalisierungsvorschrift ist es Fahrzeugherstellern freigestellt, die Wertschöpfungsschraube wieder rückwärts zu drehen. Sie können Komponenten, die sie bisher auf dem lokalen Markt eingekauft haben, wieder aus dem Ausland beziehen.

Fazit

In den letzten Jahren war es üblich, Russland als Schwellenland zu charakterisieren und ihm mit der Zugehörigkeit zur BRICs-Gruppe einen besonders dynamischen Wachstumsverlauf zuzuschreiben. Aus einer strukturalistischen Perspektive ist dies schon immer falsch gewesen. Wie Brasilien und Südafrika leidet es an der De-Industrialisierung². Das Land hat es versäumt, eine wettbewerbsfähige Industrie aufzubauen, und der Ölboom verfestigte strukturelle Verwerfungen weiter. Der Rentenzufluss im Energiesektor ließ zwar das BIP anwachsen, die Industrie gewann aber keine Bodenhaftung. Unproduktive Unternehmen wurden vom Staat

2 Naudé, Wim, Adam Szirmai, Alejandro Lavopa: Industrialization Lessons from BRICS. A Comparative Analysis. [= IZA Discussion Paper Nr. 7543], August 2013.

geschützt, eine konkurrenzorientierte Marktwirtschaft, in der Investitionen in Modernisierung Absatzchancen bestimmen, entwickelte sich nicht oder nur in Nischen.

Im Automobilssektor hat der Staat einen anderen Entwicklungsweg eingeschlagen und ein Stück weit eine Umsteuerung vollzogen. Avtovaz, der Stolz der Sowjetunion, steht exemplarisch für die Fehlentwicklungen der Transformationsphase. Privatisierung und Liberalisierung führten zum Absturz, nur die Re-Nationalisierung konnte den Kollaps verhindern. Die Verordnungen von 2005, 2006 und 2011 zur Lokalisierung der Fertigung im Automobilssektor verschärften zwar die Lage des Riesenwerks in Togliatti. Die von der Regierung gewählte Strategie würgte aber den Importsektor nicht ab, sondern setzte Anreize für ausländische Investoren, die alle großen Automobilkonzerne veranlasste, lokale Fertigungsstätten aufzubauen. Der Preis bestand in der Verdrängung der einheimischen Fertigung. Avtovaz rettete sich in ein Joint Venture mit Renault-Nissan, um der Insolvenz zu entgehen. Andere russische Anbieter kamen aus ihrer Rolle als Lizenzbauer für ausländische Marken nie heraus und spielen technologisch keine Rolle.

Mit dieser Strategie entschied sich Russland für einen Weg, der sich grundlegend vom chinesischen Modell absetzt. Während China die Automobilbranche zum strategischen Sektor für das Wachstum nationaler Unternehmen erklärte und Auslandsinvestoren in Joint Ventures zwang – und zwar mit Auflagen bezüglich des Technologietransfers zugunsten eigener Automobilhersteller –, führte die russische Variante zur Verdrängung nationaler Produzenten. Der russische Staat übernahm nicht die Rolle des »strukturellen Entwicklungsagenten« für das einheimische Unternehmertum, sondern zerstörte die nationalen Monopole und stellte Konkurrenz mit internationalen Automobilkonzernen her. Einen unabhängigen nationalen Automobilbau gibt es in Russland nicht mehr, dafür massive Fertigungskapazitäten mit der Chance, bei niedrigen Wechselkursen auch Exportmärkte beliefern zu können. Darüber entscheiden aber nun internationale Automobilkonzerne mit ihren globalen Herstellungs- und Vermarktungsstrategien.

Über den Autor

Rudolf Traub-Merz leitet das Moskauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Literaturtipps

Traub-Merz, Rudolf: Öl oder Autos. Chancen einer Re-Industrialisierung Russlands. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau. Februar 2015, 30 S. <<http://www.fes.de/lnk/1gs>>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Statistiken zur russischen Automobilindustrie

Tabelle 1: Automobilproduktion in der Sowjetunion und in Russland: 1960–2007

	1960	1970	1975	1980	1990	2000	2005	2006	2007
Automobile Gesamt	523.600	844.300	1.963.900	2.195.000	2.071.950	1.202.589	1.354.504	1.508.358	1.660.120
Nutzfahrzeuge	384.800	550.700	762.700	872.000	858.380	236.346	285.993	330.440	371.468
PKW-Produktion	138.800	293.600	1.201.200	1.327.000	1.213.570	969.235	1.068.511	1.177.918	1.288.652
Importe von PKWs	gering	gering	gering	gering	gering	???	452.000	733.000	1.253.000

Quelle: Organisation Internationale des Constructeurs d'Automobiles (OICA)

Tabelle 2: Internationale Automobilkonzerne - Fertigungskapazitäten in Russland

Unternehmen	Standort	seit	Besitz	Kapazität 2007	Kapazität 2010	Kapazität 2015
Renault-Avtoframos	Moskau	1998		80.000	100.000	160.000
Ford-Sollers	St. Petersburg	2002	Joint Venture	72.000	100.000	125.000
GM-Avtovaz	Toljatti	2002	Joint Venture	60.000	60.000	110.000
VW	Kaluga	2007			115.000	300.000
Toyota	St. Petersburg	2007			50.000	200.000
Nissan	St. Petersburg	2007			50.000	100.000
GM	St. Petersburg	2008			70.000	70.000
PSA Peugeot-Mitsubishi	Kaluga	2010			100.000	125.000
Hyundai-KIA	St. Petersburg	2010			100.000	100.000
Ford-Sollers	Jelabuga (Tatarstan)	2011	Joint Venture			200.000
Ford-Sollers	Nabereshnije Tschelny (Tatarstan)	2011	Joint Venture			200.000
VW-GAZ	Nishnij Nowgorod	2013	Joint Venture			110.000
Renault-Nissan- Avtovaz	Toljatti	1966 / 2013	Russian / Joint Venture	800.000	800.000	1.150.000
Great Wall	Moskau / Tula	2017				2017: 150.000

Anmerkung: Die Statistik enthält keine russischen Firmen, die im Auftrag internationaler Automobilkonzerne ausländische Modelle montieren, beispielsweise Avtotor (Kaliningrad / Kaluga), GAZ (Nishnij Nowgorod) und TagAZ (Gebiet Rostow).

Quelle: EBRD 2010; Medienberichte

Tabelle 3: PKW-Verkäufe in Russland nach Herkunft 2005–2013

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Absolute Zahlen									
Gesamt	1.520.225	1.911.240	2.541.920	2.897.459	1.465.742	1.912.794	2.653.688	2.755.384	2.597.720
Einfuhren	451.714	733.322	1.253.268	1.428.030	866.477	704.432	915.525	786.595	660.000
PKW-Produktion in Russland	1.068.511	1.177.918	1.288.652	1.469.429	599.265	1.208.362	1.738.163	1.968.789	1.936.865
davon russ. Firmen	914.288			877.000	316.000	581.000	679.000	640.000	580.935
davon ausl. Firmen	153.857			591.000	280.000	627.000	1.060.000	1.329.000	1.355.930
Marktanteile (%)									
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Einfuhren	29,7	38,4	49,3	49,3	59,1	36,8	34,5	28,5	25,4
PKW-Produktion in Russland	70,3	61,6	50,7	50,7	40,9	63,2	65,5	71,5	74,6
davon russ. Firmen	60,1			30,3	21,6	30,4	25,6	23,2	22,4
davon ausl. Firmen	10,1			20,4	19,1	32,8	39,9	48,2	52,2

Quellen: Ernst & Young: An Overview of the Russian and CIS Automotive Industry, März 2013 (Schaubilder 2008–2012); Organisations Internationale d'Automobiles (OICA)

Tabelle 4: Beschäftigung und PKW-Produktion bei Avtovaz

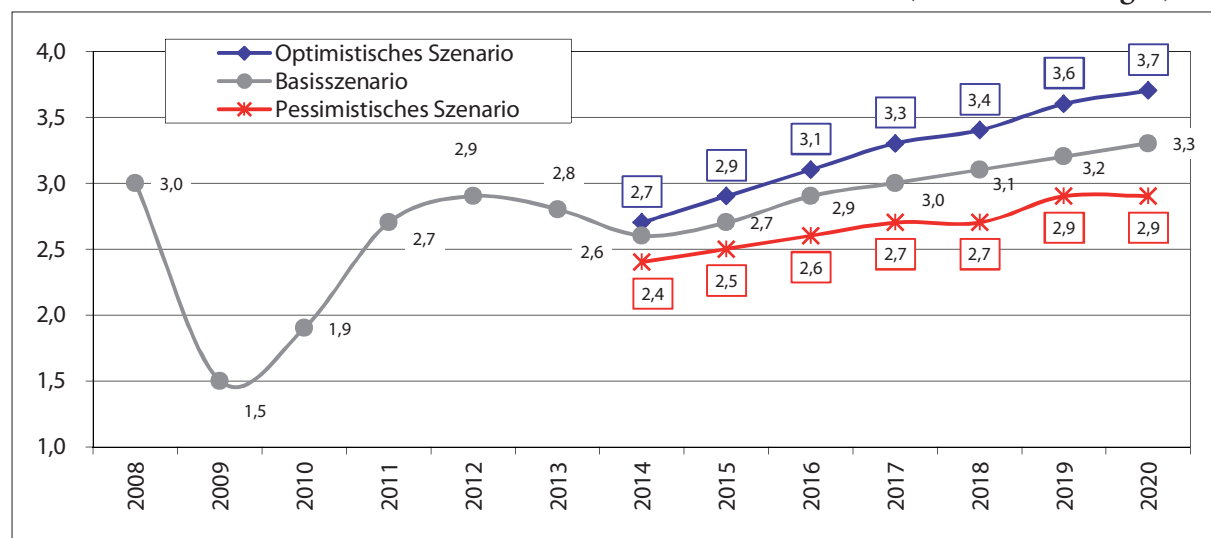
Jahr	Beschäftigung Gesamtkonzern	Beschäftigung Avtovaz-Automobil	Anzahl produzierter Fahrzeuge
2000	150.000	110.000	706.000
2001	151.343	124.091	774.000
2002	161.148	121.628	675.000
2003	161.228		718.000
2004	159.953	116.808	722.000
2005	154.846		
2006	150.092		
2007	129.514		681.610
2008	130.698		
2009	103.852		
2010	99.393		550.000
2011	95.889		613.000
2012			611.000
2013		65.891	506.000
2014		52.000 geplant	
2020		25.000 geplant	1.500.000 ?

Anmerkungen: Die Angaben zur Beschäftigung in den Jahresberichten variieren zwischen Angaben zum Gesamtkonzern und dem Automobilwerk. Die Angaben über produzierte Fahrzeuge beinhalten auch Exporte und nicht verkaufte Fahrzeuge.

Quellen: Avtovaz, Annual Reports 2000–2013; Medienberichte, Angaben für 2014 und 2020

Tabelle 5: Einfuhrzölle auf Fahrzeuge (2011–2018)

Einfuhrzölle	2011	2012 WTO-Beitritt	2015	2018
PKW	30 %	25 %	22,5 %	15 %
Nutzfahrzeuge (5-20 t.)	25 %	15 %	15 %	15 %
Nutzfahrzeuge (ab 20 t.)	25 %	10 %	5 %	5 %

Grafik 13: Wachstumsszenarien für den Automobilmarkt 2008–2020 (in Mio. Fahrzeugen)


Quelle: Roland Berger. Strategy Consultants: *Rossija na rasputje. Issledowanije rossijskogo awtomobilnogo rynku*, 2014 g., Mai 2014, S. 14 <www.rolandberger.ru/media/pdf/Roland_Berger_Russian_Market_Study_R_20140513.pdf>

Russlands letzte Freunde?

Am 22. März 2015 fand in St. Petersburg das sogenannte »Internationale Russische Konservative Forum« statt. Die Veranstaltung, die ohne Einwilligung der Präsidialadministration bzw. der Stadtverwaltung St. Petersburg kaum denkbar gewesen wäre, wurde offiziell von der national-patriotischen Partei »Rodina« (dt.: »Heimat«) organisiert. Zu den Gästen des Forums gehörten vor allem Vertreter von ultrarechten und neo-nationalistischen Parteien aus diversen EU-Ländern, unter anderem Vertreter der italienischen »Forza Nuova«, der deutschen NPD, der »British National Party«, der griechischen »Chrysi Avgi« (dt.: »goldene Morgenröte«), der schwedischen »Svenskarnas parti«, der bulgarischen »Ataka«. Das Ereignis wurde von den staatlichen und kremlnahen Medien völlig ignoriert. Bei den Debatten in den unabhängigen Medien versuchten Blogger, die Logik des Kremls nachzuvollziehen, der einerseits gegen »ukrainische Faschisten« kämpft und andererseits Freundschaft mit der europäischen Rechten pflegt. Zu Wort meldeten sich u. a. der Oppositionelle Alexej Nawalnyj, der Journalist Alexander Michajlow, der Abgeordnete der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg Boris Wischnewskij (»Jabloko«), der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei Konstantin Krylow sowie Kirill Martynow, ein Kolumnist der Zeitung »Nowaja Gaseta«.

Nawalnyj: Natürlicher Kreislauf des Faschismus

»Sowas mag ich. Eine Unterabteilung von »Einiges Russland« – eine gewisse Partei »Rodina« (ihr Chef ist Fraktionsmitglied von »Einiges Russland« in der Duma) organisiert, wie Sie wissen, derzeit in Piter [St. Petersburg] eine ... ääh ... Versammlung konservativer Organisationen.

Einer der bekanntesten Gäste, der ein »großer Freund Russlands« genannt wurde, ist ein Typ namens Udo Voigt. Er wurde zum »Freund Russlands«, weil ihm plötzlich Putin sehr ans Herz gewachsen ist.

Lesen wir mal nach, was die staatliche Nachrichtenagentur »RIA Nowosti« über diesen Udo vor weniger als einem Jahr geschrieben hat:

»Der ehemalige Chef der neonazistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Udo Voigt, ist Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments. *Der Neonazi ist für sein Lob für die Waffen-SS und die Rechtfertigung des Holocaust bekannt* [Hervorhebung von Nawalnyj; d. Red.] [...]

RIA Nowosti [9.7.2014]: <http://ria.ru/cj_news/20140709/1015239050.html#ixzz3V6MsJQKs>

Was für ein wunderschöner natürlicher Kreislauf des Faschismus. Dieselben Leute wandeln sich genauso schnell von Faschisten zu Freunden Russlands, wie Wasser zu Dampf und zurück.

Und das in Leningrad, am Vorabend des 70. Jahrestages des Sieges. [...]

Alexej Nawalnyj auf navalny.com, 22.3.2015 <<https://navalny.com/p/4168/>>

Michajlow: Warum das internationale Forum in St. Petersburg des Faschismus bezichtigt wird?

»Am 22. März füllten sich Twitter und soziale Netzwerke plötzlich mit dem Geheul der Netz-Liberalen.

So in etwa: Russen, schlägt Alarm! In St. Petersburg haben sich Neofaschisten versammelt und unternehmen dort irgendwas Regierungsfreundliches.

Der oppositionelle Chor hat dabei auf Befehl die ganze junge Riege der »fünften Kolonne« erfasst, die seit gewisser Zeit im Netz als »Nawalnyjlinge« bezeichnet werden.

Alle haben sich gemeldet: Nawalnyj, Jaschin, Wolkow, Kosyrew, Alburow usw...

Auf den ersten Blick erscheint es seltsam, dass gerade Herr Nawalnyj über die Unzulässigkeit der national orientierten Veranstaltungen losheult. Einer, der mit den Skinhead-Gangs mehrere Jahre hintereinander zu den »Russischen Märschen« gezogen ist, der noch vor Kurzem den Maidan der ukrainischen Bandera-Leute als »Volksaufstand« und die Zerschließung des Donbass als Erzwingung eines Friedens von amerikanisch-afghanischem Kaliber bezeichnet hat. [...]

Schauen wir uns doch an, welche Interessen beim Forum eigentlich vertreten wurden? Im Allgemeinen lassen sich Ziele der »Rodina«-Leute mit einem derzeit populären Witz beschreiben: Worin unterscheiden sich in Russland die Liberalen von den Patrioten? Darin, dass die Liberalen Russland an Europa angliedern wollen, und die Patrioten Europa an Russland...

So machen es auch die Getreuen von Schurawlow [des Vorsitzenden der Partei »Rodina«; d. Red.], dass sie die »traditionellen Werte verteidigen« und dabei auch »Europa mit Russland, die durch die USA entzweit wurden, vereinigen wollen«. [...]

Weder Europäer noch Russen brauchen auf unserem gemeinsamen Kontinent Kriege. Die sind nur für die USA von Vorteil, die dabei ihre nationale Währung – und mit ihr die nationale Wirtschaft – durch das Schüren von Konflikttherden in der Nähe fremder Weltfinanz-Zentren stärken.

Ich persönlich würde mich nicht den ›eifrigen Patrioten‹ zurechnen, aber ich halte sie für politische Gefährten, zumindest in der gewaltigen anti-orangen Koalition, oder – wie es jetzt so schön heißt – auf der Linie des ›Antimaidan‹.

Deswegen möchte ich sie vor den Angriffen der amerikanischen ›Fußlappen‹ aus der Mannschaft von Nawalnyj verteidigen. Mit diesen ›Oppositionellen‹, die sich in ein Häuflein von Leuten verwandelt haben, die schwarze PR betreiben, ist schon seit langem alles klar. Für diese amerikanischen Agenten ist nur das von Vorteil, was auch den USA nützt, und umgekehrt.

Und es ist offensichtlich, dass jegliche ideologische Annäherung Europas und Russlands, insbesondere im Rahmen der national ausgerichteten Plattform, überhaupt nicht im Interesse Washingtons ist. [...]
Alexander Michajlow auf Livejournal, 23.3.2015 <<http://mihooy.livejournal.com/375077.html>>

Wischnewskij: Braunes Forum – Zone des Schweigens

»Es herrscht eine Zone des Schweigens rund um das ›braune Forum‹, das heute in St. Petersburg als Versammlung von in Europa als neonazistisch geltenden Parteivertretern vorgesehen ist.

Es schweigen die Fernsehsender, sowohl die föderalen, als auch die städtischen. Obwohl man doch meinen sollte, dass die Veranstaltung eines solchen Treffens in der Stadt, wo das Gedenken an die Opfer der faschistischen Blockade gewahrt wird, ›Thema Nummer Eins‹ werden und einen Sturm der Entrüstung auslösen müsste.

Es schweigt der Gouverneur Georgij Poltawtschenko, an den ich mich zusammen mit Irina Komolowa, meiner Abgeordnetenkollegin aus dem Stadtparlament, gewandt hatte.

Verbieten kann er das Forum nicht, aber er könnte zumindest verlautbaren lassen, dass er empört ist. Noch ist nichts zu hören. Aber ich habe noch Hoffnung.

Es schweigt die überwiegende Mehrheit der Politiker (die Stimmen des Protestes von ›Jabloko‹ und einigen linken Organisationen verhallen ungehört in der Wüste).

Die Partei der Macht hat kein Wort darüber verloren. Ebenso ihre Satelliten, die Leute von Schirinowskij, die ›Esery‹ [von ›SR‹, ›Gerechtes Russland‹; d. Red.], die Kommunisten. [...]

In St. Petersburg darf es sie [die Faschisten] nicht geben, genauso wenig wie ihr Treffen. Aber über das braune Forum zu berichten (und die einzig mögliche Stellung dazu zu beziehen) bedeutete für die offiziellen Medien, das Propaganda-Konzept vom ausschließlich ›ukrainischen Faschismus‹ zunichte zu machen. Könnte die Erklärung für die ›Zone des Schweigens‹ nicht darin liegen, dass von allerhöchster Stelle angeordnet wurde, das Treffen der ›Euro-nazis‹ nicht zu beachten?

Es ist bemerkenswert, welche Erklärungen die Organisatoren von ›Rodina‹ für die spezifische Gästeliste des Forums liefern: diese Parteien seien Russlands Verbündete in Europa, weil sie die russische Politik unterstützen und für die Abschaffung der Sanktionen plädieren.

Wenn Russland aber mit seiner aktuellen Politik in Europa außer Neonazis keine anderen Verbündeten hat, sollte man dann nicht schleunigst die Politik ändern?»

Boris Wischnewskij auf ›Echo Moskwy‹ 22.3.2015 <http://echo.msk.ru/blog/boris_vis/1515952-echo/>

Krylow: »Das war eine spannende und nicht nutzlose Veranstaltung«

»[...] Eröffnet wurde die Veranstaltung von Jurij Ljubomirskij, dem Organisator des Forums und Koordinator der Petersburger Parteiorganisation von ›Rodina‹ [›Heimat‹]. Er trat mit Feuer und Flamme auf, so dass der Dolmetscher kaum noch mitkam. Zum Schluss erwähnte er die ›imperiale Stadt Piter [St. Petersburg]‹ und sprach einen Toast aus (zumindest hörte es sich wie ein Trinkspruch an) ›Auf die Freiheit! Auf die Nation! Auf die Heimat!‹. Also, wenn mir jemand in diesem Augenblick Champagner gebracht hätte, hätte ich auf all das auch angestoßen.

[...] so sprach ich in meiner Rede davon, dass moderne konservative Werte im Wesentlichen auf die Werte des Vorkriegseuropas zurückgehen. Das heißt auf Werte des Zeitalters der Dampfmaschinen, der Elektrizität und des Industriebürgertums. Dieses Zeitalter sollte man auf keinen Fall idealisieren (daraus gingen Kolonialismus, Imperialismus und manch anderes Übel hervor), doch sollte man sich öfter bestimmte Prinzipien, Institutionen usw. in Erinnerung rufen, oder auch wiederherstellen. [...]

Ob nun zur Enttäuschung oder zur Freude, aber unter den Anwesenden habe ich jedenfalls keinen Faschisten, keinen Nazi oder wenigstens religiösen Fundamentalisten entdecken können, weder vom Sinn her noch vom Stil. Niemand hat sich in Rage geredet, von der Überlegenheit der weißen Rasse geschrien, den Holocaust geleugnet (leider wurde dieses wichtige Thema irgendwie vergessen) und überhaupt nichts dieser Art gesagt. Die Reden waren glatt, schön und geschliffen. Es ging vor allem um die aktuelle Lage Europas und die russisch-europäischen Beziehungen.

Es gab genau zwei scharfe Momente: das sehr warmherzige Verhältnis zu Putin und das äußerst kalte zu Homosexuellen und anderen sexuellen Hooligans. [...]

Die anwesenden Journalisten langweilten sich ganz offensichtlich. Sie rechneten nicht ernsthaft mit einem krassen Hitler-Gruß oder einem fetten Hakenkreuz-Tattoo auf jemandes Hinterkopf. Sie wollten aber irgendeine Form von Faschismus. Oder auch Rassismus. Oder wenigstens ein Tröpfchen Xenophobie, das dann im Artikel in zwei Absätzen breitgetreten werden könnte.

Dabei richteten sich besondere Hoffnungen auf einige bestimmte Redner. [...]

Was mich angeht, so habe ich mir mit besonderem Interesse die Rede von Herrn Udo Voigt angehört, dem ehemaligen Vorsitzenden und aktuellen Europa-Abgeordneten der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. Mich als Anführer der Nationaldemokratischen Partei Russlands interessierte, was jemand von einer Organisation, die einen so ähnlichen Namen trägt, zu sagen hat. Die Geschichte der NPD war mir natürlich bekannt, ich war aber gerade auf ihre aktuelle Position gespannt.

[...] Die Rede von Udo Voigt war die eines typischen Euroskeptikers. Er sprach über doppelte Standards, schimpfte sehr entschieden über die amerikanische Präsenz in Europa und so weiter und so fort. Seinen Schmähdungen lässt sich nur schwerlich widersprechen. Ich meine, man könnte es, aber nur im Rahmen einer seriösen Diskussion. Aber nicht mit mir, da Udo Voigt aus meiner Sicht in vielem Recht hatte.[...]

Zusammengefasst: Die Veranstaltung war interessant und nicht nutzlos. Einen besonderen Durchbruch – wohin auch immer – kann man von ihr allerdings nicht erwarten; dennoch kann sie einen Gewinn bedeuten, zumindest im Sinne der Aufklärung, die unser Publikum in höchstem Maße braucht.

Und was den Faschismus angeht... nun ja.«

Konstantin Krylow auf »Echo Moskwy«, 24.3.2015 <http://echo.msk.ru/blog/krylov_k/1517186-echo/>

Martynov: Russlands letzte Freunde

»In der Helden-Stadt St. Petersburg haben sich die letzten Freunde Russlands getroffen. So ganz ohne Freunde, in einem dichten Ring von Feinden, erwies sich das Leben – auch mit der Krim – nicht so süß wie Jalta-Zwiebeln [für ihren süßen Geschmack bekannte Zwiebelsorte; d. Red.]. Das Geld ist knapp, es gibt keine Kredite, sogar die Überzeugung, dass wir das sakrale Recht besitzen, die Nachbarn zu unterwerfen, schwindet allmählich. Wir haben versucht, mit den Chinesen befreundet zu sein. Aber die haben plötzlich hinterhältig erklärt, dass sie die territoriale Integrität der Ukraine achten. Wohin soll sich der arme »Imperianer« wenden, wohin sein höfliches Haupt neigen? Da kamen nolens volens die europäischen Werte wieder in den Sinn, aber ganz besondere. Wissen Sie, in Europa gibt es spezielle Menschen mit Besonderheiten [...] Die heißen Neonazis.

Und tatsächlich: Mit wem sonst können wir noch Freundschaft pflegen? Die Ultrarechten sind gegen die falschen Werte liberaler Demokratien, genau wie wir. Sie sind gegen bürgerlichen Individualismus, ganz wie wir. Sie kämpfen gegen Materialismus und Spießler, und die wichtigen Denker Russlands steuern nach Kräften Argumente bei. Sie sind Rassisten, xenophob und homophob, und auch wir arbeiten ein wenig in dieselbe Richtung. Niemand in dieser Welt hat unerklärliche traditionelle Werte, wir jedoch haben sie, und sie auch. Vielleicht wären da noch die Islamisten, die alles haben, was wir brauchen, um gemeinsam gegen den Westen ziehen. Aus irgendwelchen Gründen erkennen die Islamisten in uns noch keine Verbündeten. Sie laden uns nicht ein, Statuen zu zertrümmern, und nennen uns beleidigend »kuffār« [arab.: »Ungläubige«, »Gottesleugner«; d. Red.]. Diese aber [die Neonazis] haben uns sofort als Gleichgesinnte erkannt, die Krim unterstützt, und Noworossija, und bei den Wahlen haben sie alles, was beobachtet werden musste, beobachtet (erinnern Sie sich an »Jobbik«? [ungarische ultrarechte Partei]). Das sind unsere Freunde. [...]«

Kirill Martynow in der »Nowaja Gazeta«, 21.3.2015 <<http://www.nowyagazeta.ru/columns/67747.html>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

Wie funktioniert die kremlsche »Vertikale der Macht«?

Jens Siegert, Moskau

Nicht nur die Entscheidungsfindung im Kreml liegt weitgehend im Dunklen. Wir wissen auch wenig wirklich Valides darüber, wie einmal getroffene Entscheidungen um- und durchgesetzt werden. Das gilt sowohl für formelle Entscheidungen, also die Erlasse des Präsidenten, als auch für informelle, für mal mehr, mal weniger öffentlich durch Putin selbst oder durch hochgestellte Beamter der Präsidentenadministration ausgesprochene »Empfehlungen« oder »Wünsche«.

Die Vorstellungen darüber, wie aus im Kreml Erdachtem oder Gewolltem tatsächlich Politik wird, stützen sich nach wie vor auf die von Putin ganz am Anfang seiner Präsidentschaft ausgerufene »Vertikale der Macht«, also eine Art Kommandosystem, das, einem Militärapparat ähnlich, durch mehr oder weniger kodifizierte Normen gesteuert wird. Nun wissen wir aber auch, dass viele »oben« beschlossene und verkündete Anweisungen nie, nur teilweise oder in sehr veränderter Form umgesetzt werden. Je nach Zählung soll das sogar die Mehrheit der Erlasse Putins betreffen. Irgendwas also hindert die Macht in Russland nachhaltig daran, wirklich vertikal integriert zu sein. Der Einfluss der sogenannten Machtgruppen im Kreml könnte eine Erklärung dafür sein. In ihrem jeweiligen Einfluss- und Kontrollbereich können sie ihnen nicht genehme Weisungen offenbar blockieren oder zumindest ihre Umsetzung verzögern oder, auf dem Weg nach unten, ihren Inhalt erheblich verändern. Diese Machtgruppen im und um den Kreml greifen dieser Vorstellung nach in den Lauf der staatlichen Dinge ein und versuchen, sie in eine ihnen genehme Richtung zu lenken. Zudem nehmen sie, je nach »Zugang zum Körper« (eine eher vor-moderne Vorstellung) auf Entscheidungen schon bei ihrer Entstehung Einfluss.

Dabei sollte man nicht das immer schon zu stark vereinfachende duale Schema einer eher illiberalen, konservativen, autoritär orientierten und mit den Justiz- und Sicherheitsbehörden verbundenen Gruppe (der sogenannten Silowiki) und einer anderen, liberal-marktwirtschaftlich orientierten Gruppe, mit Basis vor allem im ökonomischen Block der Regierung vor Augen haben. Denn zum einen scheinen mit Letzterer in Verbindung gebrachte Akteure aus Kreml und Regierung im vergangenen Jahr im Zuge der Russland-Ukraine-Krise erheblich an Einfluss auf Putins Entscheidungen verloren zu haben. Zum anderen war es aber wohl nie einfach so, dass es zwei (oder auch mehrere) feste, mehr oder weniger klar abgrenzbare Gruppen gab. Ich stelle mir eher situative Koalitionen vor, die sich von Fall zu Fall

zusammen finden, gegenseitige Verpflichtungen eingehen oder einlösen und eher informelle Deals abschließen. Darunter sind dann zwar auch mehr oder weniger engere Seilschaften mit gemeinsamer Geschichte, ähnlich liegenden (auch institutionell bedingten) Interessen oder politischen Ansichten, aber insgesamt ist das Machtgefüge weit amorpher und situativer als es die Vorstellung fester Machtgruppen nahelegt.

Außerdem sollten die Beharrungs- und Bewegungskräfte der staatlichen Verwaltung nicht zu gering geschätzt werden. Durch eine als »legalistisch« wohl recht zutreffend beschriebene Behördenpraxis bei der Umsetzung politischer Vorgaben wird versucht, Legitimität zu schaffen. Diese Praxis zeichnet sich durch ein positivistisches, dem »Buchstaben« und nicht dem »Geist« folgenden Verständnis von »Recht« und Gesetz« aus. Auch aus diesem Rechtsverständnis lässt sich (zumindest teilweise) erklären, warum internationale Rechtsnormen, die das staatliche Handeln gegenüber den Bürgern einschränken, wie die Allgemeine und die Europäische Erklärung der Menschenrechte in Russland auf so viel Ablehnung stoßen.

Nach diesen ein wenig trockenen und etwas fleischlosen (ich bitte Vegetarier und erst recht Veganer, mir dieses Bild hier zu verzeihen) Ausführungen, möchte ich das Geschriebene anhand zweier Beispiele aus dem NGO-Bereich etwas besser fassbar machen: anhand der kalten staatlichen Übernahme des Lagermuseums »Perm-36« und der Eintragung der Flüchtlings- und Migrantenorganisation »Bürgerbeteiligung« (»Graschdanskaje Sodejstwije«) von Swetlana Gannuschkina in das sogenannte »Agentenregister« durch das Justizministerium.

Beide NGOs sind sowohl national wie international hoch angesehen. Beide gehören zum großen Netzwerk von Memorial. Beide haben in der Vergangenheit, trotz aller demonstrierten Unabhängigkeit, immer gut mit den Behörden zusammen gearbeitet.

Zuerst zu *Perm-36*. Das Lagermuseum wurde Mitte der 1990er Jahre aufgebaut und hatte seither den Status eines staatlichen, wenn auch von einer NGO betriebenen Museums. Das zeigte sich unter anderem darin, dass das Gelände weiter der Gebietsverwaltung Perm gehörte und seine Erhaltung auch von ihr finanziert wurde. Die NGO »Perm-36« betrieb das Museum, war für die Ausstellungen und die Bildungsprogramme zuständig. Als Präsident Putin 2013 einen Erlass über ein finanziell gut ausgestattetes Programm zur »Verewigung des Andenkens an Opfer politischer Repression« unterzeichnete, stand darin Perm-36 als einer von drei Hauptpunkten;

wie es schien, ein durchaus erfolgreiches Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Staat und NGOs in einem politisch auch seinerzeit schon hoch sensiblen Feld.

Doch gleichzeitig hatten bereits im Frühjahr jenes Jahres die Angriffe der Gebietsverwaltung auf Perm-36 begonnen. Versprochene Zahlungen wurden nicht geleistet, es gab eine öffentliche Kampagne gegen die »Geschichtsfälscher« von Memorial, das alljährlich Ende Juli stattfindende Menschenrechtsfestival »Pilorama« musste abgesagt werden. In Moskau intervenierte der von Michail Fedotow geleitete Menschenrechtsrat beim Präsidenten. Es kam zu Verhandlungen mit der Präsidentenadministration, die, in Person ihres stellvertretenden und für Innenpolitik zuständigen Leiters Wjatscheslaw Wolodin, zu verstehen gab, dass ihr am Fortbestand von Perm-36 gelegen sei.

Die Angriffe gingen, vor allem auf regionaler Ebene, trotzdem weiter, konzentrierten sich nach der Annexion der Krim auf die angebliche »Verherrlichung ukrainischer Faschisten« im Museum (dort waren zu Sowjetzeiten vor allem Dissidenten eingesperrt und Menschen, die die Eigenständigkeit von Sowjetrepubliken forderten, insbesondere aus dem Baltikum und der Ukraine). Die Geschäftsführerin von Perm-36 wurde entlassen und durch eine Beamtin der Gebietsverwaltung ersetzt. Im Herbst 2014 setzte Wolodin nach weiteren Verhandlungen daraufhin eine Arbeitsgruppe ein, die aus Vertretern von Memorial und der Gebietsverwaltung besteht und vom ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin geleitet wird. Wie es schien, war gegen Ende des Jahres ein Kompromiss gefunden. Doch Anfang 2015 schaltete die Gebietsverwaltung erneut auf. Das Museum ist zu. Die Leute von Memorial, also die NGO Perm-36 haben keinen Zugang. Zwar tagt die Arbeitsgruppe gegenwärtig weiter, aber an einen für Perm-36 günstigen Ausgang glaubt kaum noch jemand.

Wie konnte das kommen, dass das Museum zugemacht wird, obwohl die zuständige Abteilung im Kreml es (aus welchen Gründen auch immer) lieber offen gesehen hätte? Eine Erklärung wäre, dass es sich nur um eine Art diabolisches Spiel mit dem Opfer handelt, dem auf der einen Seite Hoffnung gemacht wird, obwohl es auf der anderen Seite längst zum Tode verurteilt ist. Doch das ist unwahrscheinlich. Denn Wolodin hat mit den nun desavouierten öffentlichen Erklärungen durchaus einen Teil seines Ansehens riskiert. Es ist wohl eher so, dass es »den Kreml« als konsolidiert handelndes politisches Subjekt oft nicht gibt, dass die »Machtvertikale« eine vereinfachende Fiktion ist.

Im konkreten Fall scheinen andere Akteure, wohl mit enger Verbindung zu den Sicherheitsbehörden, an Wolodin vorbei (der, wohlgemerkt, im öffentlich geäußerten und formal durch einen Erlass bekräftigten Auf-

trag von Putin handelt) die Sache torpediert zu haben. Die Gebietsverwaltung hat, auch weil das anscheinend eher in ihrem eigenen Interesse lag, mehr auf die (nicht-öffentlichen) Winke (oder Anweisungen) aus dieser Richtung gehört als auf die direkten »Bitten« von Wolodin.

Hinzu kommt, dass sich im Laufe der Auseinandersetzung die Schere zwischen der Konzeption des Lagermuseums (also dem tatsächlichen Andenken an die Opfer politischer Repression) und der offiziellen Geschichtspolitik immer weiter geöffnet hat. Unter den heutigen politischen Bedingungen ist es ja wirklich schwer vorstellbar, dass ein mit dem Staat verbundenes Museum in Russland an einen erklärten ukrainischen »Nationalisten« (das Wort hier im dem Sinne gebraucht, dass er zu Sowjetzeiten für eine unabhängige Ukraine eintrat) wie den in Perm-36 im August 1985 unter ungeklärten Umständen zu Tode gekommenen Dichter Wasyl Stus erinnert. Auch Dissidenten wie Sergej Kowaljow, unter Präsident Jelzin Menschenrechtsbeauftragter und einer der letzten Gefangenen von Perm-36, bevor das Lager 1988 geschlossen wurde, passen da nicht hinein.

Kurz noch zum zweiten Beispiel. »Bürgerbeteiligung«, gegründet und geleitet von Swetlana Gannuschkina (die für ihre Arbeit 2004 mit dem Nansen-Flüchtlingspreis des UNHCR ausgezeichnet wurde), betreibt ein Netzwerk von Beratungs- und Hilfsstellen für Flüchtlinge aus dem Ausland und Binnenflüchtlinge in mehr als 50 russischen Regionen. Die Arbeit wird im Wesentlichen mit ausländischem Geld finanziert (darunter direkt vom UNHCR), ist für die russischen Migrationsbehörden mitunter unangenehm, geschieht aber oft in enger Zusammenarbeit, da der Föderale Migrationsdienst FMS weder die Kapazitäten noch dessen Mitarbeiter die notwendige Kompetenz für die Unterstützung von Flüchtlingen haben. Außerdem fehlt den Flüchtlingen sehr häufig das Vertrauen in die staatlichen Institutionen, die sie in erster Linie (egal ob nun zu Recht oder zu Unrecht) in Ordnungs- und Polizeifunktionen wahrnehmen.

Der FMS hat also nichts Grundsätzliches gegen die Arbeit von »Bürgerbeteiligung«, im Gegenteil. Nun gibt es aber auch das sogenannte »NGO-Agentengesetz« und den inzwischen offensichtlichen politischen Auftrag an das Justizministerium, möglichst alle auch nur irgendwie sich unabhängig benehmenden NGOs mit vollständiger oder teilweiser ausländischer Finanzierung in das »Agentenregister« aufzunehmen. Swetlana Gannuschkina wäre nun durchaus bereit, auf das ausländische Geld zu verzichten, gäbe es denn inländisches für ihre Arbeit. Das ist in einer Sitzung des schon erwähnten präsidentialen Menschenrechtsrats im Vorjahr doku-

mentiert. Dort fragte sie Vizekremlchef Wolodin, der an der Sitzung teilnahm, was sie denn machen solle. Auf seine Rückfrage, um welche Summe es gehe, antwortete Gannuschkina, 55 Millionen Rubel im Jahr (das waren, vor der jüngsten Abwertungswelle, rund 1,5 Millionen US-Dollar). Wolodin antwortete mit der an seine Mitarbeiter gerichteten Frage, dieses Geld werde doch wohl noch zu finden sein. Teilnehmer der Sitzung verstanden das als Auftrag, das Geld für Gannuschkina zu finden.

Gefunden wurde es bisher nicht, aber es werden immerhin Gespräche darüber geführt. Es besteht also wohl noch Aussicht. Doch die ins Rollen gekommene Justizministeriumsmaschine war schneller. »Bürgerbeteiligung« wurde verordnet, sich freiwillig als »Agent« registrieren zu lassen, ansonsten werde man, also das Justizministerium, das seit Sommer 2014 das Recht dazu hat, das selbst tun. Dann würden allerdings zusätzlich 300.000 Rubel Strafe wegen mutwilliger Gesetzesverletzung fällig. Den Hinweis auf den baldigen möglichen Verzicht auf ausländische Finanzierung konterte das Justizministerium mit der Perspektive, wenn es soweit sei, könne man ja die seit einer kürzlich erfolgten Gesetzesänderung nun mögliche Entfernung von der »Agentenliste« betreiben (wobei, neben allen Unwägbarkeiten dieser Prozedur, auf der entsprechenden Website des Justizministeriums sichtbar bliebe, dass die Organisation einst »Agent« gewesen ist). Für die Arbeit von »Bürgerbeteiligung« (noch einmal: sie wird im Großen und Ganzen und trotz des gelegentlichen Ärgers über die unzählbare Swetlana Gannuschkina sowohl vom

FMS als auch in der Kremladministration geschätzt) bedeutet das einen Teufelskreis: Staatliches Geld, das Wolodin in Aussicht gestellt hat, darf an »Agenten« nicht vergeben werden.

Auflösen könnte solche Teufelskreise oder die offensichtliche Desavouierung präsidialer Erlasse wie im Fall Perm-36 wohl nur Putin selbst. Der Präsident kann, so er will, auch in Einzelfälle eingreifen und sie zu einem ihm genehmen Ergebnis bringen. Mitunter geschieht das auch.

Allerdings sind derartige »Abweichungen« von der »Machtvertikale« wie die hier beschriebenen so häufig, dass sie wohl eher als die Regel denn als Ausnahme zu gelten haben. Das dürfte die Folge eines zumindest innerhalb des »Kreml« funktionierenden Systems von Macht-»Checks und Balances« sein. Eben weil der Präsident jederzeit und überall eingreifen, Entscheidungen treffen und bereits kodifizierte Entscheidungen ändern kann, hat sich ein Dualismus aus formellen und informellen Strukturen gebildet. Das ist von oben gewollt, denn gerade die konkurrierenden Interessen innerhalb des Apparats (solange sie sich nicht als feste Machtgruppen ausbilden) tragen erheblich zur Erhaltung von Putins Position als oberster »Schiedsrichter« oder Entscheider bei. Die hier beschriebenen »Abweichungen« sind also keine Anormalitäten, sondern wohl kaum zu vermeidende Nebenwirkungen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Himmel über dem Gefängnishof von Perm-36



Foto: ND

13. – 26. März 2015

13.3.2015	Präsident Wladimir Putin erteilt den Auftrag, Vorschläge zur Gründung einer föderalen Agentur für Nationalitätenfragen zu erarbeiten. Diese solle künftig die staatliche Politik im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Nationalitäten, Ethnien und Konfessionen im Land koordinieren sowie die staatliche Einheit im Vielvölkerstaat Russland stärken.
14.3.2015	Der Politiker und Oligarch Michail Prochorow gibt die Führung seiner Partei »Bürgerplattform« ab. Er kündigt an, eine neue gesellschaftliche Struktur aufbauen zu wollen. Im Zuge dessen lösen sich auch viele Regionalorganisationen der Partei auf.
15.3.2015	Im Programm Rossija-1 wird die Fernsehdokumentation »Krim – Weg in die Heimat« (https://www.youtube.com/watch?v=t42-71RpRgl) gezeigt. Darin erklärt Präsident Wladimir Putin, dass Russland bereit gewesen sei, zur Verteidigung der Krim auch Atomwaffen einzusetzen. Jedoch räumt er ein, dass er nicht davon ausgegangen sei, dass es dazu kommen würde.
15.3.2015	Der Schriftsteller Valentin Rasputin stirbt im Alter von 78 Jahren. Er war einer der wichtigsten sowjetischen Autoren der 70er Jahre und wurde der »Dorfliteratur« zugerechnet.
16.3.2015	Nachdem er 10 Tage nicht öffentlich aufgetreten war (was Anlass für zahlreiche Mediengerüchte gab), trifft Präsident Wladimir Putin den kirgisischen Präsidenten Almasbek Atambajew in Sankt Petersburg. Themen der Unterredung sind Handels- und Investitionsfragen sowie der mögliche Beitritt Kirgistans zur Eurasischen Wirtschaftsunion.
16.3.2015	Aus dem neuen Bericht des Friedensforschungsinstitut SIPRI (http://www.sipri.org/research/armaments/transfers/measuring/recent-trends-in-arms-transfers) geht hervor, dass Russland nach den USA erneut den weltweit zweiten Platz als Waffenexporteur einnimmt. Die Waffenexporte aus Russland sind im Zeitraum 2010–2014 um 37 % angestiegen, was einem Weltmarktanteil von 27 % entspricht.
16.3.2015	Präsident Wladimir Putin ordnet überraschend eine Überprüfung der Einsatzbereitschaft der Nordmeerflotte sowie einiger Verbände des Militärbezirks West und der Luftlandetruppen an. Die Maßnahme umfasst 38.000 Soldaten, 3.360 Fahrzeuge, 41 Schiffe, 15 U-Boote sowie 110 Flugzeuge und Hubschrauber.
16.3.2015	Die Gewerkschaft des Ford-Werkes in Wsewolosk kündigt einen unbegrenzten Streik an. Die Forderungen betreffen Kompensationszahlungen im Falle von Entlassung, Lohnerhöhungen sowie einen Ausgleich für Arbeitszeitausfall.
17.3.2015	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin erklärt, die Anzahl der Beschäftigten in der Stadtverwaltung um 30 % sowie die Gehälter um 10 % kürzen zu wollen. Dies geschieht als Reaktion auf bereits erfolgte Gehaltskürzungen in der Präsidentschaftsadministration. Zahlreiche Gouverneure kündigen ähnliche Schritte an.
17.3.2015	Die Staatsduma lehnt den Antrag des Abgeordneten Dmitrij Gudkow ab, eine Gedenkminute zu Ehren des ermordeten Politikers Boris Nemzow abzuhalten. Im Föderationsrat hingegen fand am 4. März eine Gedenkminute statt.
17.3.2015	Das Justizministerium der Region Perm überprüft, ob die Autonome NGO »Perm-36« als »ausländischer Agent« registriert werden muss. Die NGO hatte die Gedenkstätte Perm-36, ein ehemaliges Straflager und heutiges Museum, unterhalten. Anfang März war durch die Regionalregierung eine neue Leitung für das Museum eingesetzt worden. Die NGO hatte sich daraufhin aufgelöst.
17.3.2015	Der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin wird zum Leiter der Staatlichen Kommission zur Entwicklung der Arktis ernannt. Die Kommission soll unter anderem Ansprüche Russlands auf das arktische Gebiet prüfen und sich mit militärischen Fragen bei der Entwicklung der Region befassen.
18.3.2015	In Moskau und anderen Städten finden Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages der »Vereinigung mit der Krim« statt. In Moskau wird in der Nähe des Kreml eine Großveranstaltung organisiert, auf der Putin spricht und bei der zahlreiche Musikgruppen auftreten. Nach Medienangaben nahmen über 100.000 Personen an der Veranstaltung teil.
18.3.2015	Die Bewegung »Für Menschenrechte« (Vorsitz: Lew Ponomarjow) wird zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel verurteilt, da sie es versäumt hat, sich als »ausländischer Agent« registrieren zu lassen. Zuvor war die Organisation mit dem Versuch gescheitert, ihre Registrierung vor einem Moskauer Gericht anzufechten.
18.3.2015	Präsident Wladimir Putin und Leonid Tibilow, der Präsident der international nicht anerkannten Republik Südossetien, führen in Moskau Gespräche. Die beiden Präsidenten unterzeichnen einen Bündnis- und Integrationsvertrag zwischen beiden Staaten. Dieser dient der Schaffung eines gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsraums.

18.3.2015	Die Organisation Amnesty International informiert in einem Sonderbericht (< https://www.amnesty.org/en/documents/eur50/1129/2015/en/ >) über zahlreiche Verletzungen der Rechte von Krimtataren. Im letzten Jahr sollen auf der Krim-Halbinsel Menschen entführt worden sein, deren Schicksal und Verbleib bislang ungeklärt sind. Darüber hinaus stünden unabhängige krimtatarischen Medien unter massivem Druck. Zahlreiche kritische Journalisten und Menschenrechtler seien gezwungen die Region zu verlassen.
18.3.2015	Der Automobilkonzern General Motors teilt mit, dass Opel sich bis Ende des Jahres aus dem den russischen Markt zurückziehen wird. Künftig wolle sich das Mutterunternehmen in Russland auf rentablere Marken, wie z. B. Cadillac, konzentrieren.
19.3.2015	Finanzminister Anton Siluanow erklärt, dass die russische Wirtschaft sich an die neuen ökonomischen Bedingungen angepasst habe und das wirtschaftliche Tief überwunden sei. Die Situation im Finanzsektor stabilisiere sich, der Markt deute erneutes Wachstum an, und der Rubel würde seit Beginn des Jahres wieder an Wert gewinnen.
20.3.2015	Treffen der Präsidenten Wladimir Putin (Russland), Nursultan Nasarbajew (Kasachstan), und Aljalexander Lukaschenka, (Belarus), in Astana. Die drei Präsidenten erörtern Perspektiven der eurasischen Integration, die Situation in der Ukraine und die Entwicklungen in der Weltwirtschaft.
20.3.2015	Innenminister Wladimir Kolokolzew kündigt vor dem Hintergrund von Antikorruptionsmaßnahmen an, im Innenresort 23 Dienstposten einem Rotationsprinzip zu unterwerfen. Darunter fallen hochrangige Ämter in den Regionen, deren Inhaber im Zuge der Rotation auch in andere Regionen versetzt werden können.
20.3.2015	Das Komitee »Bürgerbeteiligung«, eine Hilfsorganisation für Flüchtlinge (Leitung: Swetlana Gannuschkina), wird aufgefordert, sich als »ausländischer Agent« zu registrieren. Die Organisation kündigt an, die Aufforderung vor Gericht anzufechten. Sie wird unter anderem von den Vereinten Nationen finanziell unterstützt.
21.3.2015	Das Nationale Anti-Terror-Komitee teilt mit, dass im Rahmen eines Spezialeinsatzes in Machatschkala, der Hauptstadt der Republik Dagestan, sieben Kämpfer (vier Männer und drei Frauen) von der Spezialeinheit SOBR getötet wurden. Die Kämpfer sollen Mitglieder einer terroristischen Gruppierung gewesen sein.
21.3.2015	Das russische Verteidigungsministerium kündigt an, bei den ad-hoc-Überprüfungen der Gefechtsbereitschaft der russischen Streitkräfte ausländische Beobachter zulassen zu wollen. Ziel sei es, mögliche Bedenken gegenüber Aktivitäten der russischen Streitkräfte auszuräumen, Vertrauen wieder herzustellen und die Beziehungen zwischen den NATO-Staaten und der russischen Seite zu normalisieren.
21.3.2015	Das russische Innenministerium gibt bekannt, dass ab dem 1. April zwischen der Russischen Föderation und dem Fürstentum Liechtenstein Visaerleichterungen für bestimmte Personengruppen beider Länder eingeführt werden.
21.3.2015	Die russische Gesellschaftskammer hält das erste regionale Bürgerforum für NGOs in Nishnij Nowgorod ab. Auf dem Programm steht die Erarbeitung eines besseren Verständnisses der Klassifikation von »NGOs im sozialen Bereich«. Darüber hinaus soll es um die Anweisung von Präsident Wladimir Putin gehen, ein einheitliches Register für diese NGOs zu erstellen und ihnen Vergünstigungen gegenüber sogenannten »anderen NGOs« einzuräumen.
22.3.2015	Im Zuge von Medienberichten wird bekannt, dass der jüngste Sohn des früheren ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowytsch beim Eisfischen im Baikalsee ertrunken ist.
22.3.2015	In Sankt Petersburg findet das Internationale Konservative Forum statt, zu welchem die Partei Rodina (»Heimat«) führende Köpfe ultrarechter europäischer Parteien und Bewegungen eingeladen hat. Zwischenzeitlich muss die Tagung aufgrund von anonymen Bombendrohungen unterbrochen werden. Die Veranstaltung wird von Protesten von Mitgliedern der Antifa vor dem Veranstaltungsort begleitet. Einige der Demonstranten werden festgenommen.
23.3.2015	Finanzminister Anton Siluanow erklärt, dass die russischen Staatseinnahmen seit Anfang 2015 um 12% gesunken sind. Um in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, müssten Ausgaben verringert und strukturelle Anpassungen vorgenommen werden. Der Wohlfahrtsfonds soll jedoch nicht für einen Ausgleich des Haushaltsdefizits 2015 angezapft in Anspruch genommen werden.
23.3.2015	Innenminister Wladimir Kolokolzew kündigt an, im Bereich der Innenverwaltung bis zu 100.000 Stellen zu streichen. Am 1. Februar hatte das Ministerium bereits die Neueinstellung von Mitarbeiter eingestellt um die Zahl der Festangestellten zu optimieren.
23.3.2015	Ein Moskauer Gericht verurteilt das Sacharow-Zentrum, ein Museum und Treffpunkt der russischen Zivilgesellschaft, zu einer Strafe von 300.000 Rubel, da es der Aufforderung nicht nachgekommen war, sich als »ausländischer Agent« registrieren zu lassen. Das Zentrum hatte die Entscheidung des Justizministeriums gerichtlich angefochten.

23.3.2015	In Kaluga nehmen Mitarbeiter des Zentrums »E«, der staatlichen Stelle zur Extremismusbekämpfung, 15 Mitglieder des regionalen Zweigs der Gewerkschaft MPRA vorübergehend fest. Die Gewerkschafter hatten gegen bevorstehende Entlassungen bei den Automobilherstellern Peugeot, Citroen und Volkswagen protestiert.
23.3.2015	Aus dem jährlichen Bericht des Ministerkomitees des Europarats (< http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/execution/Source/Publications/CM_annreport2014_en.pdf >) geht hervor, dass Russland europäischer Spitzenreiter hinsichtlich der Implementierungsdauer von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) ist. Durchschnittlich vergehen 9,7 Jahre bis eine Entscheidung des EGMR (wenn überhaupt) umgesetzt wird. Darüber hinaus werden in Fällen, in denen Russland involviert ist, Rekordsummen für Kompensationszahlungen verhängt (so zuletzt im Jukos-Fall).
24.3.2015	Die russische Raumfahrtbehörde »Roskosmos« gibt bekannt, dass Russland bis 2020 die Anzahl seiner Weltraumsatelliten erhöhen wird. Es handelt sich vor allem um Telekommunikationssatelliten, Fernerkundungssatelliten sowie meteorologische Satelliten. Auch die Anzahl der Raumsonden soll von zwei auf neun erhöht werden.
24.3.2015	Der unabhängige, in Perm ansässige Think-Tank »GRANI« hat sich an ein lokales Gericht gewandt, um die Entscheidung des Justizministeriums, das Zentrum als »ausländischen Agenten« zu registrieren, anzufechten.
24.3.2015	Der Präsident der Russischen Akademie der Wissenschaften, Wladimir Fortow klagt über die steigende Zahl russischer Wissenschaftler, die ins Ausland emigrieren. Auf Grund des fallenden Rubelkurses sei vor allem der große Gehaltsunterschied zwischen russischen und ausländischen Wissenschaftlerstellen ausschlaggebend.
24.3.2015	Präsident Wladimir Putin nimmt an der Sitzung des erweiterten Kollegiums der Generalstaatsanwaltschaft teil. Erörtert werden die Ergebnisse der Arbeit der Staatsanwaltschaft im Jahre 2014 und weitere Maßnahmen zur Stärkung von Recht und Gesetz.
25.3.2015	Der oberste russische Gerichtshof hat die Verurteilung von Jekaterina Charebawa, einer Verkäuferin aus Sotschi, zu sechs Jahren Lagerhaft bestätigt. Ihr war vorgeworfen worden, während des Fünf-Tage-Kriegs 2008 Spionage im Dienste Georgiens betrieben und damit staatlichen Interessen geschadet zu haben. Sie und ihr Anwalt waren nach dem Urteil des Regionalgerichts Krasnodar in Berufung gegangen.
25.3.2015	Sitzung des russischen Sicherheitsrates. Themen der Sitzung sind Informationssicherheit sowie Strategien »farbiger Revolutionen«. Mitglieder des Rates vermuten, dass die USA solche Strategien im Hinblick auf Russland zur Anwendung bringen.
25.3.2015	Sitzung des Präsidenten mit Mitgliedern der Regierung. Erörtert werden Fragen der Erfüllung des Plans zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung für das Jahr 2015.
26.3.2015	Das russische Katastrophenschutzministerium schickt den 22. Lastwagenkonvoi mit 1.600 Tonnen Hilfsgüter in die »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk. Der Hauptbestandteil der Lieferung sind Baumaterialien.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Nadja Douglas, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 1–2/2015 mit Russlandbezug

OSTEUROPA 1–2/2015 ist erschienen. Das Heft kostet 18,00 € (für Studenten 15,00 €) und ist zu bestellen unter osteuropa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge mit Russlandbezug:

Nikolay Mitrokhin

Bandenkrieg und Staatsbildung

Zur Zukunft des Donbass

Der Waffenstillstand im Donbass ist prekär, Russland betreibt jedoch bereits Staatsbildung. Da die meisten höheren Beamten der Janukovyč-Ära seit Juli 2014 vor dem Terror der separatistischen Kämpfer geflohen sind, mangelt es Moskau an Männern mit Verwaltungserfahrung. An der Spitze der »Volksrepubliken« wurden drittrangige Beamte oder Kleinunternehmer installiert. Die »Volksbürgermeister« haben keine Kontrolle über die lokalen Kämpfer, die »Volksmilizen« sind ebenfalls lediglich bewaffnete Gruppierungen. Das besetzte Gebiet besteht daher aus einem Konglomerat lokaler Fürstentümer. Insbesondere im Gebiet Luhans'k ist der Versuch gescheitert, eine Zentralmacht aufzubauen. Dort eskalieren regelmäßig Konflikte zwischen einflussreichen Feldkommandeuren.

Ekaterina Sergackova

Freiwillig

Kleines Who's Who ukrainischer Bataillonskommandeure

Die ukrainischen Freiwilligenbataillone sind während des Krieges im Donbass immer wieder in die Schlagzeilen geraten. Einigen wird eine rechtsradikale oder gar neonazistische Ideologie vorgeworfen, anderen werden Kriegsverbrechen zur Last gelegt. Weniger ist über die Kommandeure der Bataillone bekannt. Eine Reihe von ihnen ist im Oktober 2014 in das ukrainische Parlament gewählt worden. Darüber hinaus verbindet sie wenig. Einige sind seit langem politisch aktiv, andere sind ehemalige Berufssoldaten und haben erst im Frühjahr 2014 dem Privatleben den Rücken gekehrt, um den von Russland forcierten Separatismus im Donbass zu bekämpfen.

Tetjana Bezruk, Andreas Umland

Der Fall Azov

Freiwilligenbataillone in der Ukraine

Freiwilligenbataillone sind eine Reaktion auf Russlands verdeckte Invasion in der Ukraine. Während die meisten Verbände als kriegsbedingte Spielart der Zivilgesellschaft in der postrevolutionären Ukraine betrachtet werden können, gibt es Freiwilligenverbände, die Züge »unziviler Gesellschaft« tragen. Zu diesen gehört das Bataillon *Azov*. Seine Geschichte ist dubios, Führungsriege und Symbolik sind faschistisch. Aber *Azov*, das zum Nationalgarderegiment aufgewertet wurde, ist atypisch.

Łukasz Adamski

Beobachtung der Beobachter

Die OSZE und Russlands Aggression gegen die Ukraine

Die OSZE ist nach Jahren des Bedeutungsverlusts durch Russlands Aggression gegen die Ukraine wieder zu einer wichtigen internationalen Organisation geworden. In die Ukraine entsandte sie eine große zivile Beobachtermission. Zudem beobachtet sie zwei Grenzübergänge zu Russland und spielt als Vermittler in der Trilateralen Kontaktgruppe eine bedeutende Rolle. Die Beobachtermission ist allerdings schlecht ausgerüstet, das Personal wurde oft nicht nach fachlichen Kriterien rekrutiert. Viel zu lange war die Mission auf diplomatische Äquidistanz bedacht und dokumentierte daher Russlands massive und offensichtliche Beteiligung an dem Krieg nicht. Die Tatsache, dass Russland Kriegspartei ist, sich aber als Vermittler gibt und zugleich die nach dem Konsensprinzip entscheidende OSZE lähmen kann, schmälert die Erfolgsaussichten der Organisation und ihrer Missionen.

Mark N. Katz

Aggression und Reaktion

Russland, die Ukraine und der Westen

Auch nach dem in Minsk ausgehandelten Waffenstillstand ist unklar, welche Ziele Russland in der Ukraine verfolgt. Geht es nur um die bislang besetzten Gebiete, um den EU- und NATO-Beitritt der Ukraine oder um eine umfassende Konfrontation mit dem Westen? Da der Westen sich festgelegt hat, der Ukraine nicht militärisch zu helfen, hat Russland bei begrenzten Zielen kurzfristig die besseren Karten in der Hand. Eine langwierige Auseinandersetzung mit dem Westen kann Moskau nicht gewinnen. Neben der ökonomischen Schwäche verschlechtern auch die weltpolitischen Veränderungen, die der Kreml in Gang gesetzt hat, Russlands Position. Dennoch müssen die USA und die EU-Staaten sich rasch auf eine gemeinsame Eindämmungspolitik zur Verhinderung einer weiteren territorialen Expansion in der Ukraine einigen.

Falk Bomsdorf

Klarheit und Konsequenz

Russland-Politik in Zeiten des Krieges

Die Annexion der Krim im März 2014 sowie Russlands Krieg gegen die Ukraine sind ein Angriff auf Europa. Der Westen muss sich auf eine anhaltende Konfrontation mit Russland einstellen. Das Mantra, Sicherheit und Stabilität in Europa seien nicht ohne Russland zu erreichen, ist ebenso fragwürdig wie die Ermahnung, weiter den Dialog mit dem Kreml zu führen, wenn dieser weder über die Krim noch über den Krieg in der Ostukraine Dialog führen will. Putins revisionistischer Konfrontationskurs verlangt eine klare Antwort. Dazu gehören die Wiederherstellung der westlichen Verteidigungsfähigkeit, Containment gegen Aggressivität, Sanktionen und die umfassende Unterstützung der Ukraine. Nötig ist eine westliche Politik nach dem Muster der »friedlichen Koexistenz«: Zusammenarbeit, wo immer möglich – Widerstand, wo immer nötig.

Michail Jampol'skij

Leider Sieger

Kleines Russland-Psychogramm

Russland leidet unter einem postimperialen Trauma. Große Teile der Gesellschaft sehen sich und den Staat als Opfer feindlicher Intrigen. Dem Gefühl der nationalen Erniedrigung versuchen sie mit einer aggressiven heroischen Selbstbehauptung zu begegnen. Die Annexion der Krim hat eine fiktive Wiedergeburt ausgelöst. Doch im postheroischen Zeitalter ist das infantile Projekt zur Überwindung des Minderwertigkeitsgefühls zum Scheitern verurteilt.

Otto Luchterhandt

Missbrauch des Strafrechts

Das »System Putin« im Kampf gegen Aleksej Naval'nyj

Der Antikorruptionskämpfer Aleksej Naval'nyj gilt als einer der gefährlichsten Herausforderer für das »System Putin«. Im Zusammenhang mit Naval'nyjs geschäftlichen Aktivitäten wurden in den Jahren 2013 und 2014 zwei Strafverfahren gegen ihn geführt. Sie endeten mit Naval'nyjs Verurteilung wegen Veruntreuung und Betrugs. Die detaillierte Analyse der Anklageschriften, der Strafprozesse und der Urteile ergibt: Die Naval'nyj zur Last gelegten Vorwürfe sind unhaltbar. Staatsanwaltschaft und Gerichte haben Recht und Gesetz verletzt und sogar das Recht gebeugt, um Naval'nyjs Verurteilung zu erreichen. Sie deuteten alltägliche Geschäfte auf der Basis von Vertragsfreiheit und Privatautonomie in kriminelle Vergehen um. Die Strafprozesse und Strafurteile verstoßen offensichtlich, rücksichtslos und zynisch gegen die Verfassung, das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung sowie das Zivilgesetzbuch Russlands. Es handelt sich um politische Prozesse mit Wissen und Willen des an der Strafverfolgung Naval'nyjs interessierten Präsidenten Putin.

Roland Götz

Stillstand

Russlands Wirtschaftswachstum nach dem Ölboom

Das Wirtschaftsmodell, dem Russland die Bewältigung der Transformationskrise in den 1990er Jahren und einen 2009 nur kurzfristig unterbrochenen Wirtschaftsaufschwung zu verdanken hatte, funktioniert seit Mitte des Jahres 2014 nicht mehr. Der Ölboom ist vorbei, die »Wachstumslokomotive Ölpreis« steht. Die 2015 bevorstehende Rezes-

sion könnte eine langanhaltende Depression einleiten, auf die Staat und Gesellschaft Russlands nicht vorbereitet sind. Das Wirtschaftswachstum kann jedoch zukünftig wieder in Schwung kommen, wenn der Übergang auf ein nicht nur vom Export von Naturressourcen in Gang gehaltenes, diversifiziertes Wirtschaftsmodell gelingt. Andernfalls wird der Westen auf viele Jahre nicht nur mit einem politisch erstarrten, sondern auch einem ökonomisch stagnierenden Russland konfrontiert sein.

Veronika Movčan

Aus dem Zwischenraum

Ukraine: Handelsverflechtung und Außenpolitik

Die wichtigsten Handelspartner der Ukraine sind die EU-Staaten und Russland. Auf sie entfällt der größte Anteil am Handel mit Waren und Dienstleistungen, aus diesen Ländern fließen die meisten ausländischen Direktinvestitionen ins Land. Die Ukraine versucht seit langem, durch eine Annäherung an die EU eine Modernisierung der Volkswirtschaft zu erreichen. Russland nutzt die Verflechtung, die vor allem im Energiesektor besteht, um dem entgegenzuwirken. Da der EU-Kurs auch in der Ukraine nicht unumstritten war, balancierte Kiew lange zwischen Brüssel und Moskau. Die Ära dieses Schaukelkurses dürfte durch Russlands Annexion der Krim und den im Donbass entfesselten Krieg vorbei sein.

Petra Opitz

Mit angezogener Handbremse

Reformen im Energiesektor der Ukraine

Der Energiesektor ist der Schlüssel jeder Volkswirtschaft. In der Ukraine ist er hoch subventioniert. Die Subventionen belasten den Staatshaushalt und sind wirtschafts- und energiepolitisch schädlich. Sie fördern Verschwendung und Ineffizienz. Weder die Energieversorger noch die Industrie haben Anreize zu Modernisierung und Innovation. Grundlegende Reformen sind unumgänglich. Der Abbau der Subventionen, die Diversifizierung der Energieversorgung und die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien sind zentrale Schritte. Eine Effizienzrevolution ist nötig.

Wilfried Jilge

Herkulesaufgabe

Rechtsstaat und Gerichte in der Ukraine

Der Aufbau eines Rechtsstaats mit unabhängiger Rechtsprechung entscheidet maßgeblich über das Gelingen der Reformen. Ein funktionierender Rechtsstaat stärkt das Vertrauen der Bürger in ihren Staat, garantiert den Schutz des Eigentums und schafft Investitionssicherheit. Er ist eine grundlegende Bedingung für den wirtschaftlichen Neustart. Die Justiz der Ukraine war politisiert und korrupt, die Idee des Rechtsstaats ist diskreditiert. Gesellschaft und Politik stehen vor einer fundamentalen Aufgabe.

Martin Aust

Nicht wie im *Leben des Brian*

Replik auf Anna Veronika Wendlands Kritik

Anna Veronika Wendlands Vorwurf, die Osteuropäische Geschichte als Disziplin habe angesichts der Russland-Ukraine-Krise und des Krieges versagt, ist unhaltbar. Historikerinnen und Historiker haben sich vielfältig zu Wort gemeldet. Ob Fachleute in der Öffentlichkeit auftauchen, hängt mehr von den Gesetzen der Medien als von der Streitkultur der Historiker ab. Weder trifft die eine These zu, dass Ukraine-Kompetenz ein Karriererisiko darstellt, noch die andere, dass die Ukraine in der Lehre nicht behandelt werde. Allerdings bedarf es mehr Anstrengung, um die Ukraine in der transregionalen Geschichte Osteuropas zu verankern.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>